

erschint täglich außer Montags,
Preis pr. Nummer 5 Pf., monatlich
1,10 Mk., vierteljährlich 3,30 Mk., halbjährlich
6,60 Mk., jährlich 13,20 Mk. Einzelne Nummern
5 Pf. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,30 Mk. pro Quartal, unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 3 Mk., für das übrige
Ausland 3,50 Mk. pr. Monat. Einget.
in der Post-Registrierung - Preisliste
für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Dienstag, den 16. Juli 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Parteigenossen!

Auf unserem letzten Parteitag in Frankfurt a. M. wurde Breslau als der Ort bestimmt, in welchem unser nächster Parteitag stattfinden habe.

Nachdem es nun unseren Breslauer Genossen gelungen ist, ein geeignetes Lokal zu beschaffen, so hat die Parteileitung in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den diesjährigen Parteitag auf die Tage vom

6. bis 12. Oktober 1895 nach Breslau

zu berufen. Das Lokal, in welchem der Parteitag tagen wird, der Beginn der Vorversammlung, sowie die Tagesordnung werden später rechtzeitig bekannt gemacht.

Parteigenossen! Es ist der erste Parteitag, seitdem wir eine sozialdemokratische Bewegung in Deutschland haben, der im Osten des Reiches stattfindet. Dieser Umstand und der weitere, daß in Breslau „ruht was stehlich war von Ferdinand Lassalle“, dem Begründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und unserem großen Vorkämpfer, sie werden unseren Genossen ein Ansporn sein, dafür Sorge zu tragen, daß der nächste Parteitag eine würdige Vertretung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein wird. Daß die geographische Lage Breslaus den Genossen im Süden und Westen des Reiches bei der Beschickung größere Opfer auferlegt, wie wenn ein Ort in Mitteldeutschland gewählt worden wäre, darf kein Grund dafür sein, nimmermehr den Parteitag spärlicher zu beschicken. Es handelt sich für die Partei um die Entscheidung und Beschlußfassung über höchst wichtige Fragen, — es sei hier nur an die Agrarfrage erinnert — und diese Entscheidungen können nur von einem Parteitag getroffen werden, auf dem alle Partei-Orte entsprechend ihrer Stärke in unserer Bewegung vertreten sind.

Wir richten deshalb an die Parteigenossen das Ersuchen, überall rechtzeitig die Vorbereitungen zur Beschickung des Parteitages zu treffen und besonders auch die an den Parteitag zu richtenden Anträge einer recht genauen Prüfung zu unterziehen. Parteigenossen! In Breslau ruhen unsere verstorbenen Genossen und Vorkämpfer Ferdinand Lassalle, Paul Meinders, Julius Krüder und Max Kasper, in Breslau sollen in diesem Jahre für die Weiterentwicklung unserer Partei entscheidende Beschlüsse gefaßt werden. Parteigenossen, tragt dafür Sorge, daß der nächste Parteitag sich seinen Vorgängern würdig an die Seite stellt.

Breslau, den 15. Juli 1895.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Partei-Vorstand.

Parteigenossen!

Nachfolgend veröffentlichen wir die Programmvorschläge, welche die Agrarkommission dem Parteitag zur Beratung unterbreitet und die hiermit zur Diskussion der Parteigenossen gestellt werden.

Die Agrarkommission sah sich genötigt, um ihren Vorschlägen eine zweckmäßige Form zu geben, dieselben in den zweiten Teil des bestehenden Parteiprogramms einzuverleiben. Die Änderungen und Zusätze der Kommission sind durch fette Schrift hervorgehoben.

Die Agrarkommission wird unmittelbar vor dem Parteitag noch einmal zu einer Beratung zusammentreten, um an der Hand der geübten Kritik und der etwa gemachten Abänderungsvorschläge zu prüfen, ob und welche Abänderungen sie noch an ihrem Entwurf vornehmen und dem Parteitag zur Annahme empfehlen soll.

Der zweite Teil unseres Parteiprogramms soll nach den Vorschlägen der Agrarkommission folgende Fassung erhalten:

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichs-Angehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlrecht; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungs-Perioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhelage. Entscheidung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Vorschlagsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk. Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrfähigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.
4. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
6. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

empor. Mit Gewalt richtete er sich vom Boden auf — es war ihm, als sei ein Stück von seinem Ich dahingegangen. Dann aber faßte es ihn wie grimme Begier nach Vergeltung.

„Das ist Dein Sterbegeläut, Du Edler,“ sprach er bei sich. „Wohlan denn, es soll ein Siegesgeläut werden.“ Zwei junge Burschen, die den Gefallenen erkannt hatten, traten auf Hans zu.

„Sollen wir ihn fortbringen?“ fragten sie. „Bringt ihn nach der Hofstraße,“ bat Hans, „ins Gasthaus zur ‚Silbernen Ente‘.“

Während die beiden den Toten hinwegtrugen, stürmte Hans ins Rathhaus, an die Seite der Genossen. Wie er sie verlassen hatte, so fand er sie wieder: ein jeder auf seinem Posten, Auge und Büchse gleichsam in eins verschmolzen und gespannt nach dem Feinde gerichtet. Ohne zwingendes Kommando, aus tiefinnerstem Drange, that jeder dieser Todessünder seine Pflicht. Hans trat an seinen Platz, den man offen gelassen, und steckte das halbe Duzend Patronen ein, das für ihn bereit lag.

„Det war'n Schluck Wasser us'n Durscht, det Säckchen Pulver,“ meinte sein Nebenmann.

„War's nur zehnmal so viel gewesen,“ versetzte Hans, seine Büchse aufnehmend.

Er warf einen prüfenden Blick nach der Straße. Wie angewurzelt stand er da und starrte auf das jäh veränderte Bild, das der Kampfplatz darbot: Die Rathhaus-Vorhalle, dieses trostlose Bollwerk, das der Grimm des beleidigten Volkes errichtet, war in Grund und Boden geschossen. Und da, zum Greifen nahe, stand die verstärkte Batterie, während die Garben dicht hinter der Geschützlinie hielten und mit Ungebulb das Signal zum Angriff zu erwarten schienen.

Und dieses Schauspiel vor Augen, hatten die Wackeren da, denen zur Verteidigung nicht viel mehr als ihre Fäuste geblieben, mit eisernem Muth stand gehalten! Wie auch immer die Würfel des Sieges fielen mochten: seine Ehre hatte das Volk von Berlin auf diesem Punkte des Schlachtfeldes glänzend gewahrt.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volks- und Fortbildungsschulen. Erziehung ausreichend gewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen, Musterwirtschaften und Versuchsanstalten; Abhaltung regelmäßiger landwirtschaftlicher Unterrichtskurse. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volke gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Einschätzung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Verteilung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, und dementsprechende Beseitigung aller Ertrags- (Real-) Steuern (Gewerbe-, Haus-, Grundsteuer n. s. w.). Selbstverschöpfungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

11. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Ortsbezirke, Vorrechte in Privatlegationskörperchaften, Patronatsrechte, Eldekommisse, Steuerprivilegien n. s. w.).

Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art noch bestehender Erbunterthänigkeit und der aus derselben herkommenden Lasten und Pflichten.

12. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums (Staat- und Gemeinde-Eigentum) jeder Art, Akmend n. s. w.), insbesondere Aneignung des Besitzes der toten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkraft n. s. w. in öffentliches Eigentum unter Kontrolle der Volksvertretung.

Einführung eines Vorkaufsvorbehalts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

13. Sewirthshaftung der Staats- und Gemeindegeldereien auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, soweit das beides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirtschaftler unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.

14. Staatskredit an Genossenschaften, die alle Bevölkerung umfassen, oder an einzelne Gemeinden für

Von neuem erdröhnte der Mund der Geschöpfe, Balken, Sparren und Steine flogen vom Boden auf. Hans wandte sich um und rief die Genossen, die zunächst standen, zusammen.

„Sind alle Eingänge verschlossen?“ begann er. „Sie waren verschlossen, wie man von allen Seiten bestätigte.“

„Und wenn sie uns hier auf den Hals kommen — wohin geht der Rückzug?“ fragte er gleichsam prüfend.

Der Rückzug? — Nein, den hatten sie nicht bedacht. Ausbilden bis zum Ende, siegen oder sterben — das war ihre Lösung gewesen.

Mit freudigem Stolz blickte Hans auf das tapfere Gänselein.

„Wenn Ihr alle so denkt,“ sprach er voll innerer Bewegung, „dann müssen wir uns nicht scheuen.“

„Besser in Freiheit sterben, als in die Knechtschaft zurückkehren,“ rief ein alter Graubart im schlichten Tagelöhnerkleid, der beim Kirchbau am Petriplatz Handlangerdienste that. „Sie haben uns gefoppt, dreißig Jahre und mehr — ich mag's nicht länger tragen.“

„Recht habt Ihr, Vater,“ sprach Hans und drückte die Hand des Alten, der zum ersten Mal den Mund geöffnet hatte. „Wir haben die heilige Pflicht, die Faust, die uns würgt, von uns abzuschnitten.“

„Gib' mich redlich für sie geschlagen,“ fuhr der Alte fort, „an der Rathhaus unter Wäldern, und bei Leipzig, und bei Waterloo, und sie haben's uns bitter gelohnt, gallesbitter. Und drüben bei den Potsdamern, da steht mein einziger Sohn — grüßt ihn von mir, wenn ich falle. Brade-wig heiß' ich.“

Der Zuruf der Wackposten, die an den Fenstern aus-
gesteckt waren, unterbrach den Alten.

„Die Garde kommt!“ Klang es jäh, und ein wüthendes Kleinfeuer bestätigte die Worte. Die Wäldchen flogen empor, alles stürzte an die Fenster. Die Batterie war zurückge-
gangen — sie hatte diesen Haufen Gestein überwunden, an dem der Ruhm der preussischen Bajonnette zu zerfallen

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Berliner Märztage.

64

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Mit einem wehmüthigen Blick auf den Verwundeten verschwand Herr Kasimir in dem Korridor des Rathhauses. Florian hatte die Hand des Freundes erfaßt. Hans war auf tiefe ergriffen. Mit aller Macht zog es ihn fort zu den kämpfenden Genossen — aber wie konnte er diesen Sterbenden verlassen, dem seine Gegenwart das Scheiden leicht zu machen schien? Er fühlte es förmlich, wie diese verlöschenden Augen auf ihm ruhten, als ob sie in ihm noch einmal die ganze Menschheit liebevoll umfingen.

Jetzt schien es Hans, als ob die Lippen des Scheidenden sich bewegten. Er legte seinen zurücksinkenden Kopf höher und neigte sein Ohr zu ihm herab.

„Sieh ... Hoffnung ... Volk“ ... glaubte Hans zu verstehen — „Lotte ... Testament ...“ Dann unterbrach ein rauhes Gurgeln seine Worte und ein Zittern und Zucken ging durch den hageren kleinen Körper. Einen langen, mühen Bruch ließ Florian die Hand auf die von Blut und Todesweiß bedeckte Stirn. Dann fühlte er, wie Florian's Hand sich sanft von der seinigen löste. — Der stille Schimmer war zu den Todten gegangen.

In wilder Erregung fluthete das Volk an den beiden — dem Todten und dem Lebendigen — vorüber, während die feindlichen Geschütze Salve auf Salve speien. Mitternacht schlug von den Thürmen — der Tag des Herrn war hereingebrochen über die Stadt des frommen Königs, der seine Landeskinder mit Kartätschen und Granaten zusammenbeschießen ließ. Und plötzlich, wie auf ein geheimes Zeichen, erdröhnten in gewaltigem Chor die Glocken der Kirchen und riefen ihr ehernes Stimm-
lied so mächtig in die Mondnacht hinaus, als ob sie die Feste des Himmels von Grund auf erschüttern wollten.
Das geliebte Gesicht riß Hans aus seiner Trauer

Feldvereinigung, Bodenmeliorationen aller Art, Entwässerung und Bewässerung.

Übernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege, Wasserläufe), sowie für Deiche und Dämme auf den Staat oder das Reich.

15. Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden unter Herabsetzung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten.

16. Verstaatlichung der Mobilien- und Immobilien-Versicherung (Feuer-, Hagel-, Wasserschaden, Vieh-Versicherung u. s. w.) und mögliche Ausdehnung der Versicherung auf alle versicherungsfähigen Betriebszweige.

Staatliche Hilfeleistung bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse.

17. Inbeschränkte Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeglieder.

Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung, gegebenen Falles volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage:

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.

b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.

c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.

d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.

e) Verbot des Drucksystems.

Fachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf die Landwirtschaft.

2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirke-Arbeitsämter und Arbeitslämmer, sowie durch ein landwirtschaftliches Reichsamt, Bezirke-Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftskammern.

Durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesinde-Ordnungen.

4. Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durch obligatorische Gewerbe- und Industrie-Gewerkschaften als für landwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter, sowie für Handlungsgehilfen.

5. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

6. Uebernahme und Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung. Reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Lohn- oder Dienstverhältnis stehenden Personen.

Berlin, Juli 1896.

Der Parteivorstand.

Die parlamentarische Wurstigkeit.

Paris, den 12. Juli 1896.

Die französische Sprache hat sich seit 16 Jahren mit einem neuen Worte bereichert, dem je m'en foutisme, dem Ich-pfeife-drauf oder der „Wurstigkeit“. Das Wort hätte schon viel älter sein können, denn es bezeichnet wunderbar gut den Geist des modernen Kapitalisten. Dieses Thier hat in seinem Leben nur einen Gedanken, nur ein Interesse: sein Vermögen. Es tröstet sich leicht über den Verlust seiner Frau, seines Sohnes, seines Hundes, aber es tröstet sich niemals über den Verlust seines Geldes.

In keiner Zeit sind in den bürgerlichen Zeitungen solche Organe des Patriotismus getrieben worden, wie in den letzten Jahren; und doch ist das Vaterland das Letzte, worum sich der Kapitalist kümmert. Um einen halben Prozent mehr zu verdienen, borgt er sein Geld den Feinden seines

brohte. An den kleinen Gewaffen war es jetzt, dem begonnenen Werke die Krone aufzusetzen.

Mit wütenden Hurrahren und Trommelwirbeln gingen die Garben im Sturm durch die Bresche. Noch einmal trachten die Büschel der Bürgerlichen in ihre Reihen, und Dachziegel, Holzparren und Pflastersteine sausten von den Dächern auf sie nieder. Aber jetzt wichen sie nicht mehr zurück; während die nachrückenden Kolonnen nach den Dächern und Fenstern Feuer gaben, stürzten die vorderen, mit Beilen und Hämmern versehenen Mannschaften sich ungestört auf die Eingänge der beiden Gebäude und des d'Heureuse'schen Hauses. Bewaffnete Haufen warfen sich ihnen entgegen und suchten sie abzuwehren, aber zu wichtig trat die Uebermacht der Angreifer diesmal ins Spiel. Die schwach verteidigte Scharrenstraße war von der Bräubertruppe her genommen, und neue Kompagnien traten ins Gefecht ein. Es war nicht mehr möglich, diesen massigen, breit dahinstühenden Ansturm von Bewaffneten zurück zu drängen. Schwächer und schwächer war das Schützenfeuer geworden, nur aus der Waltherschen Wohnung kamen noch einzelne Schüsse. Ein wildes Handgemenge entspann sich, die Waffen der Wilden die Keulen, Piken und Fäuste maßen sich im Nachkampf mit Bajonetten und Kolben.

Inzwischen waren die Garben in die Häuser am Plage eingedrungen. Von wilder Wuth entzündet, warfen sich ganze Soldatenkompagnien in das Innere der Wohnungen, alles erbarmungslos niedermachend, was ihnen nur in den Weg kam. Die stundenlang verhaltene Wuth raste sich aus in einem grauenhaften Blutbad, einem furchtbaren Dank- und Freudenopfer, das dem grinsenden Mordgötzen Moloch dargebracht wurde. Die Räume des d'Heureuse'schen Gebäudes und des Rathhauses, deren Feuer zuerst verloschen war, boten vom Keller bis zum Boden hinauf eine ununterbrochene Reihe von Greueln dar. Verwundete wurden abgestochen, Leichen geschändet, und was an Lebenden sich betreffen ließ, ward entweder sogleich hingerichtet oder unter entsetzlichen Mißhandlungen nach den Kellern des Schlosses geschleppt. Selbst die im Rathhaus wohnenden Beamten, die sich während des Kampfes durchaus neutral verhalten hatten, wurden als Hochverräther abgeführt. So laut sie auch dagegen protestierten, es half ihnen nichts: in den Händen der Potsdamer Sieger war das bürgerliche Kleid, das sie trugen, Verbrechen genug, um ihren Protest mit Bajonettschüssen und Kolbenstößen zum Schweigen zu bringen. (Aberholung folgt.)

Waterlandes, selbst dann, wenn er weiß, daß sie es brauchen, um sein Vaterland zu belämpfen. Er verschafft sich die genutzten Vortheile aus dem Unglück seines Vaterlandes: so verdoppelte und verdreifachte die Bank von Frankreich die Dividenden ihrer Aktionäre, während der deutsch-französische Krieg das Land verheerte. Wie gab es in Frankreich eine gewinnreichere Spekulation, als die Anleihe von 5 Milliarden, mit der die Kriegsschuldung gezahlt wurde. Thiers, der geriebene Gauner, hatte die Anleihe in Höhe von 80 Fr. (für 100) und zu 6 pCt. emittirt (vor das Publikum gebracht); die Rententitel stiegen in wenigen Tagen von 80 auf 100 bis 112 Fr. Die Bourgeois der ganzen Welt fielen wie die Mascheier über Frankreich her, um seinen Ruin zu vollenden; die Anleihe wurde achtmal überzeichnet — fünf Milliarden waren gebraucht, die Kapitalisten boten 40 Milliarden! Die entzückten Kapitalisten verliehen Thiers den Titel: „Vater des Vaterlandes“ — niemals hatte ein Patriot in das „Nationalvermögen“ seines Vaterlandes ein solches Loch gemacht.

Dem Kapitalisten ist alles „Wurst“, ausgenommen seine Rente; deshalb ist die Staatsbank über alle Revolutionen und über alles nationale Unglück gestellt. Frankreich war 1871 besiegt, zweier Provinzen beraubt, ein Drittel seines Gebietes war vom Feinde besetzt, aber der Rentier, gleichgültig für all dieses Elend, zog regelmäßig seine Rente, ohne auch nur einen Centime abzulassen.

Diese Gleichgültigkeit für alles, was nicht Geld und Profit ist, welche das Privatleben des Kapitalisten beherrscht, findet sich auch in seinem politischen Leben. Der Kapitalist, der Deputirter oder Senator geworden ist, denkt nur daran, Minister von irgend etwas zu werden — Minister der öffentlichen Arbeiten, der Finanzen, der Rüste — es ist ihm ganz gleich. Er hat es nicht nötig, die für das Amt erforderlichen Fachkenntnisse zu besitzen. Wir haben Marineminister gehabt, die nie einen Fuß auf ein Schiffsbord gesetzt hatten, und Ackerbau-Minister, die ein Haferfeld nicht von einem Weizenfeld unterscheiden konnten. Sind sie einmal im Amt, so ist es ihnen ganz „Wurst“, was aus den Angelegenheiten wird, mit deren Verwaltung sie betraut sind. Sie haben nur einen Ehrgeiz: im Ministerium zu bleiben. Sie verleugnen ihre Ueberzeugung aus der Zeit, wo sie Opposition waren, sie begehen alle Fehler und Verbrechen, die sie früher der Regierung vorwarfen, und erklären, daß die veränderte Stellung eine Aenderung der Ansichten zur Pflicht mache; sie vergenden die Fonds des öffentlichen Schatzes, die ihnen nichts kosten — es ist ja das Geld anderer Leute —; und je mehr sie vergenden, desto vergnügter sind ihre Kreaturen und desto mehr Stützen erwerben sie sich.

Der Typus des Ministers der „Wurstigkeit“ ist unser jetziger Rabinetschef, Herr Ribot. Er folgt wie ein Wetterhahn jedem parlamentarischen Windzug; und wie der Wetterhahn bleibt er stets an seinem Platz. Dieser ehemalige Staatsanwalt des Kaiserreichs, der unter Napoleon die fulminantesten Anklagereden gegen die Republikaner hervordrönte, steckte sich später in die Viree der Orleansisten, und als er sah, daß eine monarchische Restauration unmöglich geworden war, und daß die alten Parteien von der Republik aufgefressen wurden, warf er sich der Republik an den Hals und wurde begeisterter Republikaner.

Die Minister der vorigen Legislaturperiode hatten eine eigenthümliche parlamentarische Taktik. Die Gleichgültigkeit (l'homogénéité) war bis dahin die Charaktereigenschaft der Ministerien gewesen; wenn ein Minister ein Gesetz vorlegte oder eine Meinung verteidigte, sprach er im Namen des Gesamtkabinetts; kam er in die Minorität, so fiel das ganze Ministerium mit ihm. Das hatte jetzt aufgehört: jeder Minister war unabhängig geworden — es war die Anarchie in der Regierung. Allein diese Anarchie hatte den Vortheil, daß ein im Parlament geschlagener Minister einfach seine Entlassung gab und ein anderer an seine Stelle trat — das Ministerium blieb am Platz. Man nannte das „einen Minister anschießen“ (désarquer), oder „Vallast auswerfen“. Diese Methode des „Anschießens“ bewirkte jedoch eine solche Verwirrung, daß man auf sie verzichtete und wieder zur alten Methode der Minister-Solidarität zurückkehren mußte. Und wie es die orthodoxe Lehre des Parlamentarismus erheischt, hat die Niederlage jedes einzelnen Ministers den Rücktritt des ganzen Ministeriums zur Folge.

Herr Ribot hat sich zum Apostel eines neuen parlamentarischen Evangeliums gemacht.

Bei Beratung des letzten Budgets hatte der Finanzminister Ribot gar keine Meinung bezüglich der Einnahmequellen und der Ausgaben des Staatshaushaltes, er wollte alles, was die Kammer wollte. Wenn ein Deputirter einen neuen Kredit verlangte, antwortete er: „Aber Sie schaffen ein Defizit!“ Wenn der Deputirte sich davon nicht rühren ließ, sondern auf seinem Verlangen bestand, so erwiderte Ribot voller Gemüthsruhe: „Sie wollen diese Vermehrung der Ausgaben; ich will sie auch; um so schlimmer, dann werden wir ein Defizit haben!“ Und das Budget kam „ins Gleichgewicht“ mit einem Defizit von mehreren Millionen; aber Ribot war die Sache „Wurst“, als ob es sich um einen Staat auf den Mond gehandelt hätte — er blieb Minister.

Leider ließ diese sinnreiche Sorglosigkeit in Budgetdingen sich nicht auf alle Fragen anwenden, und Ribot, dieser Mal, wie man ihn genannt hat, welcher der Hand, die ihn fassen will, stets zu entschlüpfen weiß, hat bei verschiedenen Gelegenheiten seine Neutralität aufgegeben und eine Meinung sich bilden lassen, die er vor dem Parlament zu verteidigen hatte. Es passierte ihm dann, daß er in die Minorität gerieth. Man glaubte, er würde seine Entlassung geben, allein es war ihm „Wurst“ — er klebte nur um so fester auf der Ministerbank.

Vor jetzt einem Monat beantragte er einen neuen Kredit; er schwur bei seiner Vaterlandsliebe, daß er dieses Geld notwendig brauche zur Sicherung des Kolonialdienstes. Die Kammer verworft den Antrag. Lächelnd wie eine Tänzerin, die ihr erstes Sträußchen zugenommen bekommt, verborgte er sich und blieb auf seiner Ministerbank kleben.

Seit Jahren ist man mit einer Umänderung der Getränkesteuer beschäftigt: nämlich die Steuer auf Wein, Bier und Apfelwein zu verringern und die auf Alkohol zu erhöhen, indem man das Vorrecht des Brennens eigenen Gewächses abschafft, d. h. das Recht, den Ertrag der eigenen Ernte steuerfrei zu destilliren. Während der letzten Wochen hatte man über die Frage im Parlament tüchtig drauf los debattirt; es war sehr heiß,

also gerade die richtige Zeit sich mit Getränken zu beschäftigen. Ribot, der Mann der großen Brenner, hatte einen Gesehtwurf eingebracht; er hielt seinen Erfolg für sicher und rechnete noch obendrein darauf, sich dadurch etwas von dem Glorienkranz geben zu können, der ihm so vollkommen fehlte. Zu Bordeaux hatte er marktschreierisch seinen Gesehtwurf ausposaunt in einer langen Rede, in der er die Sozialisten heftig angriff und sie anklagte, Heber und Aufwiegler zu sein, unfähig, eine nützliche und praktische Reform vorzuschlagen.

Mitleidslos zertrümmerte die Kammer seinen Gesehtwurf, auf den nur 180 gegen 280 Stimmen fielen, während sie den Antrag des Sozialisten Vaillant annahm, welcher die Restituirung des Alkohols durch den Staat bestimmt, wodurch das Staatsmonopol der Alkoholfabrikation angebahnt ist. Ribot, den das nicht im geringsten rührte, lächelte vergnügt über seine Niederlage und blieb Minister.

Als Ribot Minister wurde, brachte er ein Gesetz ein, das den Arbeitern der staatlichen Eisenbahnen und Werksstätten im Namen der heiligen Interessen des Vaterlandes den Streik verbieten sollte. Dieser Entwurf rief eine so große Gegenagitation der Arbeiter im ganzen Lande hervor, daß die eingefleischten Reaktionäre im Senat nicht wagten, ihn zur Diskussion zu stellen. In der vergangenen Woche interpellirte Jaurès Ribot und fragte ihn, was er zu thun gedenke: ob er den Gesehtwurf fallen lassen oder aufrecht erhalten wolle. Ribot erwiderte in einer Rede, die so lang war, wie er selber, — es ist seine Spezialität, lange zu reden, um nichts zu sagen, — er beantwortete aber nicht die Frage. Das Gesetz ist ihm „Wurst“; er läßt es schlafen bis zum jüngsten Gericht.

Ribot und die Parlamentarier des neuen Schlages waschen sich die Hände und das Gewissen in Unschuld, waschen sich rein von allem, was da kommen mag, wie weiland Pontius Pilatus; es ist ihnen alles „Wurst“. Und solchen Menschen vertraut die kapitalistische Bourgeoisie die Vertheidigung ihrer kostbaren Gesellschaftsordnung an! Gallus.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 15. Juli.

Zu dem Mörike'schen Brief an seine Wähler im ersten anhaltischen Wahlkreis schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“:

„Die Nachricht, daß Herr Mörike sein Reichstagsmandat für Dessau-Rositz „niedergelegt“ habe, scheint sich nicht zu bestätigen. Dieser ist wenigstens an die amtlich zuständige Stelle, an den Reichstag selbst, eine Mündlichkeitsklärung seitens des Herrn Mörike nicht ergangen. Wie es scheint, hat der Brief an die Wähler von Dessau-Rositz nur bezweckt, diese selbst zu einer Erklärung über das Maß ihrer Uebereinstimmung mit ihrem Vertreter im Reichstag zu veranlassen.“

Auf uns hat der Brief einen solchen Eindruck nicht gemacht. Es wird nunmehr an Herrn Mörike sein, das weitere zu veranlassen, resp. zu erklären. —

Dr. v. Rottenburg, der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern und Vorsitzender der Kommission für Arbeiterstatistik, hat, wie die „Kreuzzeitung“ entgegen der Meldung der „National-Zeitung“ versichert, bis jetzt weder seine Entlassung erhalten noch nachgesucht. Er trage sich allerdings mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand mit der Absicht, zurückzutreten. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirthe und aller Jäger im Lande, bemerkt hämisch zu diesen Mündlichkeitsnachrichten:

Von unserem politischen Standpunkte aus müssen wir dagegen das Scheiden des Herrn von Rottenburg aus seinem Amte mit Befriedigung begrüßen. Als Vorsitzender der Kommission für Arbeiterstatistik hat Herr v. Rottenburg es nicht verstanden, sich den Ruf eines weltlichen Politikers zu erwerben. Herr v. Rottenburg war auch als ein Gegner der Organisationspläne des Handwerks bekannt. Ob die Wandlung, die in diesem Sommer auf höhere Anregung in der Behandlung der Handwerkerfrage seitens der Regierung vor sich gegangen ist, auf die Entwicklung der Kränklichkeit des Herrn von Rottenburg von irgend einem Einfluß gewesen ist, darüber ist uns nichts bekannt. —

Vom untergehenden Handwerk. Der Verein für Sozialpolitik hat drei Bände „Untersuchungen über die Lage des Handwerks“ erscheinen lassen, in denen die Verhältnisse der Handwerker in einem großen Theile von Deutschland kritisch beleuchtet werden. Auch diese wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, wie der Handwerkerstand durch das Großkapital in Fabrik und Handel allmählich erdrückt wird. Der Herausgeber selbst, Prof. Karl Bücher, giebt dies in der Vorrede zu den von einer ganzen Reihe jüngerer Nationalökonomien abgefaßten Einzelstudien zu, und faßt das Ergebnis in folgende Sätze zusammen:

„Bereits die jetzt vorliegenden Untersuchungen offenbaren einen Verwitterungs- und Umbildungsprozeß innerhalb des alten Bestandes unseres Gewerbes von einer Tiefe und Ausdehnung, wie er wohl nur von wenigen geahnt werden konnte. Das Vordringen des kapitalistischen Betriebs macht sich in den verschiedensten Gewerbebezügen geltend; aber nicht überall nimmt es denselben Ausgangs- und Angriffspunkt, nicht überall zeitigt es die gleichen Erscheinungen. Was der alltägliche Sprachgebrauch als „Konkurrenz des Großbetriebes“ bezeichnet, findet sich in seiner einfachsten Form, völlig gleichartiger Produktion in Fabrik und Handwerk, verhältnißmäßig selten. Viel häufiger liegt der Sitz der Konkurrenz, welche die alten Betriebsweisen und die kleinen selbständigen Existenzen vernichtet, auf dem Gebiete andersartiger Produktion oder ist gar in der Sphäre des Güterumlaufes zu suchen. Ueberall finden wir zwar das gleiche Ergebnis, aber nicht überall dieselben Ursachen und Vorgänge.“

Eine neue Bestätigung der dem Sozialisten längst bekannten Thatsachen. Wir werden auf die Arbeiten noch näher eingehen. —

Allerunterthänigst petitioniren die deutschen Handwerker an den deutschen Kaiser, ihnen aus der Nothlage zu helfen. Sie schreiben:

Die Verhältnisse des deutschen Handwerkerstandes können nur dann zum Besseren sich wandeln, wenn denselben durch Einführung der obligatorischen Innung und Handwerkerkammern eine selbstgesteuerte Organisation und eine legitime Vertretung und zwar auf der Basis des Befähigungsnachweises gegeben wird. Nur durch letzteren und eine gesetzliche Festlegung der Grenzen zwischen Handwerk und Fabrik wird es ermöglicht werden, die Uebergriffe des Großkapitals und der Großindustrie auf gewerbliches Gebiet hintanzuhalten. Die Schaffung und Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden und daher leistungsfähigen gewerblichen Mittelstandes ist abhängig neben anderen davon, daß die Gesammtenarbeit aufs äußerste eingeschränkt, der Hausirhandel vermindert bzw. verboten, die Konsumvereine und Waarenhäuser aufgehoben und das Detail- und die Waarenlager- und Filialgeschäfte verboten und den Forderungen der Handwerker an Neubauten ein gesetzliches Vortzugsrecht eingeräumt wird.

In der sicheren Ueberzeugung, daß alles Mühen und Streben der deutschen Handwerker erfolglos bleibt, wenn sie hierbei nicht eurer Majestät allmächtigen Schutzes theilhaftig werden, rufen wir für den schwer bedrängten, tief dardrüberliegenden, dem gänzlichen Ruine nahen Handwerkerstande eurer kaiserlichen und königlichen Majestät Hilfe an."

Mögen sie petitionieren. Auch der deutsche Kaiser ist nicht im Stande, dem von der kapitalistischen Konkurrenz erdrückten Handwerk auf die Beine zu helfen. —

Zum Hammerstein-Skandal meldet ein Straßburger Blatt, daß die Frankfurter „Kleine Presse“ ihrerseits Klage gegen Herrn von Hammerstein erhoben hat, weil dieser die Angaben der „Kleinen Presse“ als lügenhaft und verleumdend bezeichnet hat. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß Herr von Hammerstein die Verfolgung der von ihm selber angestellten Klage aufzieht.

Bürgerliche Blätter fürchten, auch dieser Versuch, den Edlen zu stellen, werde fehlschlagen, denn er werde wohl dem undankbaren Vaterlande den Rücken kehren, um möglichst fern von Madrid sich des goldenen Lohns für seine Verschwiegenheit zu erfreuen. Herr von Hammerstein soll bekanntlich im Besitz von Materialien sein, durch die zahlreiche konservative Politiker arg kompromittiert werden könnten. —

Bürgerliches Gesehbuch. Die Redaktionskommission für das Bürgerliche Gesehbuch hat am Sonnabend ihre Beratungen verlaßt; sie wird Anfangs September wieder zusammentreten, um bis Ende September den endgültigen Wortlaut des Gesehbuchs entwerfen zu lassen. Sie hat ihre Arbeiten, wie in Vorberathung früherer Mittheilungen berichtet wird, so weit gefördert, daß die Erreichung dieses Zieles zur festgesetzten Zeit keinem Zweifel unterliegt. Anfang Oktober wird die Gesamtkommission wieder zusammentreten, um den Entwurf des Einführungsgesetzes festzustellen. —

Die Fälschung der Emser Depesche wird, mehr oder weniger rückhaltlos, jetzt von einem sehr großen Theil der unabhängigen Presse zugegeben. Nur den Ausdrück „Fälschung“ wollen die meisten noch nicht gebrauchen — die Dinge und Menschen bei ihrem richtigen Namen zu nennen, ist in unserer Zeit des moralischen Verfalls außer Mode gekommen. Daß Deutschland nicht das unschuldige Lamm war, welches 1870 vom französischen Wolf überfallen ward, daß im Gegentheil von deutscher Seite der Krieg gewünscht und auf den Krieg losgedrängt wurde, und daß die „Redaktion“ der Emser Depesche von sehr wesentlichem Einfluß auf den Gang der Dinge war, das wird jetzt ziemlich allgemein als historisch feststehend anerkannt — auch von Seiten, die es früher aufs lebhafteste bestritten.

Die nationalliberalen Fälscher des Liberalismus, der Schienen und überhaupt des öffentlichen Lebens vortheilhaftig natürlich die Depeschefälschung, erklären sie sogar für eine nationale Großthat, und rufen den Horn des Himmels, der Polizei und der Staatsanwälte auf unser Haupt herab, weil wir der Fälschung die patriotische Maske abgerissen und den Fälscher an den Pranger gestellt und ihm das Brandmal des Verbrechens auf die Stirne gedrückt haben.

Den Denunzianten sei beiläufig bemerkt, daß Kaiser Friedrich der Dritte den Fälscher der Emser Depesche genau so beurtheilt hat wie wir. — Für die Schaar derer, die sich die bequeme Lesart zurecht gemacht haben, die gefälschte Depesche habe bei der französischen Kriegserklärung keine Rolle gespielt, sei folgendes Telegramm, das die „Münchener Neuesten Nachrichten“ heute in Originalgestalt veröffentlichten, zum Abdruck gebracht. Es ist das Telegramm, welches am 15. Juli zuerst die französische Kriegserklärung anzeigte. Es lautete:

Paris, 15. Juli. Heute um 1 Uhr wurde dem Senate und dem gesetzgebenden Körper gleichzeitig die erwartete Regierungsmitteltheilung gemacht. Dieselbe läuft auf die Kriegserklärung an Preußen hinaus. Diese Kriegserklärung ist, wie es in der Mittheilung heißt, beschleunigt worden durch ein Zirkular an die Vertreter Preußens im Auslande, welches 1. einen Affront des Votischasters Benedetti gegenüber dem König von Preußen behauptet; 2. die Unterjochung der Kronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern verweigert; 3. dem Prinzen von Hohenzollern die Freiheit wiedergebe, die Krone von Spanien anzunehmen.

Das fragliche Zirkular ist die Emser Depesche. —

Gaule Du meinen Heinrich, so hau' ich Deinen Heinrich — denken die geschorenen Jrenpfleger, und schlagen aus Leibesträften los auf die geschietelten Mexianer in Bremen. Und es wird nun zu einer zweiten Auflage des Nachener Prozesses kommen. Die Bürgerschaft von Bremen hat folgenden Beschluß gefaßt:

„In Erwägung, daß die hiesige Presse in den letzten Wochen über die künftige Krankenanstalt verschiedene Artikel gebracht hat, die in die weitesten Kreise der Bevölkerung Ausregung und Beunruhigung getragen haben, erachtet es die Bürgerschaft für geboten, dem lebhaften Wunsch des Publikums nach Aufklärung über die streitigen Angelegenheiten Rechnung zu tragen. Sie erachtet deshalb den Senat, ihr eine Mittheilung über die thatsächlichen Verhältnisse, die in der Krankenanstalt und in bezug auf das Pflegepersonal herrschen, zugehen zu lassen.“

Und die Viesfelder Anstaltsleitung hat gegen den Direktor Scholz, der die Anklagen spezialisierte, die Viesfeldigungslage eingereicht. So werden wir demnächst die protestantischen Heinrichs auf der Anklagebank sehen — Verzeihung, zunächst auf der Zeugenbank. —

Junkerliches Christenthum. Die medlenburgischen Stände haben schon manches fertig gebracht, was für andere Sterbliche schwer verständlich ist. Jetzt haben sie, nach einem Bericht der „Volls-Zeitung“, beschlossen, daß der Tod im Duell kein Grund zur Verfassung des kirchlichen Begräbnisses sei. Andererseits aber soll das kirchliche Begräbnis streng untersagt bleiben bei Selbstmördern, selbst wenn sie notorisch geisteskrank gewesen sind. — Das ist echtes junkerliches Christenthum. Da bekanntlich die Junker weit öfter in Gefahr kommen, in Kaufhändeln ihr kostbares Leben zu verlieren, als einen Selbstmord zu begehen, so ist für sie eine Ausnahme gemacht worden. Die armen Teufel aber, die aus Noth oder selbst im Wahnsinn freiwillig aus dem Leben scheiden, mögen auch fernerhin in der Kirchhofsecke verscharrt werden. Sie sind ja keine Junker. —

„Konservative Sozialdemokraten“ hatte das „Leipziger Tageblatt“ in Leipzig entdeckt. Wir berichteten in der Sonnabendnummer die Notiz, wobei uns aber eine kleine Ungenauigkeit unterlief. Unser Leipziger Organ schreibt:

Zur Angelegenheit der deutsch-katholischen Gemeinde bemerkt der „Vorwärts“, daß an der Spitze der Gemeinde Herr Fintel steht. Das ist ein Irrthum. Herr Fintel gehört seit einigen Jahren dem Vorstande nicht mehr an. Was das „Leipziger

Tageblatt“ als „konservative Rundgebung“ bezeichnet, erledigt sich für uns, wie wir bereits bemerken, ganz einfach dadurch, daß für uns Religion Privatangelegenheit ist, und hat mit dem Boden der bestehenden Ordnung, den unsere Parteigenossen in der Gemeinde nach dem „Tageblatt“ damit betreten haben sollen, gar nichts zu thun. —

Anderes als sonst in Menschenköpfen malt sich in diesem Kopf die Welt. So möchte man ausrufen beim Lesen des 1894er Handelskammerberichts der Stadt Bochum. Es finden sich da über die Arbeiterbewegung folgende dem innersten Pulschlag eines Kapitalistenherzens entsprungene Sätze:

Die sozialdemokratische Agitation hat, leider unterstützt durch das Verhalten einzelner Professoren, Geistlicher und sonstiger wohlmeinender, aber mit den wirtlichen Verhältnissen zu wenig vertrauter Personen, selbstverständlich auch im verflochtenen Jahre ihr Treiben unermüßlich fortgesetzt und besonders in den größeren Städten immer weitere Arbeitskreise in ihr Netz gezogen. Indessen haben die Führer dieser Richtung wenigstens eingesehen, daß bei den gegenwärtigen ungünstigen wirtlichen Verhältnissen, trotz welcher sich die Arbeitslöhne im ganzen unverändert auf der Höhe des Vorjahres gehalten haben, die Waffe der Arbeitslosigkeit mit Vorsicht angewandt werden muß. So sind, abgesehen von dem Berliner Bierboikott, im deutschen Reichsgebiet größere Streiks unterblieben. Gefreut ist es auch, daß selbst die in maßgebenden Kreisen hier und da in den letzten Jahren hervorgetretene antikapitalistische Stimmung und das über das rechte Maß hinausgehende Liebeln mit sozialistischen Bestrebungen neuerdings eingemakeln gedämpft erscheint. Pläne, wie die Einrichtung obligatorischer Arbeiterausstufungen und die Verleihung korporativer Rechte an die Gewerbetreibenden vorerst von der Tagesordnung der öffentlichen Debatte verschwinden. Man sieht ein, daß derartige Maßnahmen nur dazu dienen würden, die sozialdemokratische Bewegung in immer ausgebreitete Kreise zu tragen, und wird daher jede derartige Maßnahme darauf prüfen, ob sie der Sozialdemokratie Vorschub zu leisten geeignet ist.

Welchen Trost muß der Mann empfinden, daß die Unterstützung der Sozialdemokratie durch Professoren und Geistliche sich nunmehr im Rückgang befindet. Wenn jetzt die Sozialdemokratie nicht zu grunde geht, — dann dürfte das Bochumer Kapitalistenherz zu der Einsicht kommen, daß unsere Partei auf eigenen Beinen marschirt. —

Italien. In Rom wurde gestern das Fest der „Befreiung“ Rom's, die am 10. September 1870 als Nachwirkung der deutschen Siege über Napoleon erfolgte, mit großem Pompe gefeiert. Unter der Diktatur Crispi's! Welcher Hohn! —

Der 14. Juli — der 106. Jahrestag des Vatikans. Rum's — ist in Frankreich ohne jegliche Festimmung gefeiert worden — wie verschiedene Zeitungen ausdrücklich feststellen. Woher sollte auch die Festimmung kommen? Die Freiheit und die Gleichheit „fierte“ in der französischen Revolution. Wo ist aber heute die Freiheit und die Gleichheit? Die Gleichheit äußert sich in Ausnahmefällen, durch welche die Bourgeoisie das Proletariat, ihren Bruder vom „dritten Stande“, inebeln will — und die Freiheit besteht wesentlich darin, daß die Panama-Spighuben nicht im Zuchthaus sind. Unter solchen Umständen ist die Feste der Freiheit, der Gleichheit, der reinen Freiheit, der Gleichheit. Und sie wird es bleiben, bis der Sozialismus die von dem Kapitalismus verhehlten Grundsätze der „großen Revolution“ zur Geltung gebracht hat. —

Auch die französische Kammer hat nun ausgetilgt. Sie ist gestern in die Ferien gegangen, nachdem das Gesetz zur Regelung der Militärpflicht von Abgeordneten noch verabschiedet worden war. Genosse Mirman kann nun nicht mehr durch den Unteroffizier an der Ausübung seiner Abgeordnetenpflichten gehindert werden. —

Englische Arbeiterkandidaturen. Von unserem Londoner Korrespondenten erhalten wir nachstehende Liste der für die gegenwärtige Parlamentswahl aufgestellten Arbeiterkandidaten. Die Liste ist noch nicht ganz vollständig — es können in letzter Stunde noch einige Kandidaturen hinzukommen und einige auch wegfallen:

Sozialdemocratic Federation	Wahlkreis	Wahlzettel
H. M. Spadman	Burnley (Lancashire)	Liberal
J. M. Hobart	South Salford (Lancashire)	Konservativ
A. Lansbury	Waltham (Süd-London)	Liberal
J. J. Jones	Northampton	"

Independent Labor Party

(Unabhängige Arbeiterpartei)

J. Keir Hardie	South West Ham (Östlich v. London)	Soz.
M. Parnell	Fulham (West-London)	Konservativ
J. Sexton	Wilton und Epsom	"
Peto Curran	Barrow in Furness	"
A. Tattersall	Preston	"
Fr. Broadhurst	Dorset	Liberal
Dr. A. Pankhurst	Gorton	Konservativ
J. Johnson	North East Manchester	Liberal
Ed. Tillet	West Bradford	"
Ed. Parley	Dewsbury	"
John Esher	Hallifax	"
Russell Smart	Huddersfield	"
Arth. Shaw	South Leeds	"
Geo. Barnes	Rochdale	"
Ph. Snowden	Keighley	"
Tom Mann	Colne Valley	"
Tom Mc Carthy	West Hull	"
J. Hobson	Cardiff oder Bristol	"
J. Burgess	Leicester	"
Fr. Hamill	Newcastle on Tyne	1 Lib., 1 Kons.
J. A. Macdonald	Southampton	Konservativ
Geo. Christie	Hyde (Cheshire)	Liberal
A. P. Dipper	Jarrow (Durham)	"
J. Shaw Maxwell	Sejrl Blackfriars	"
Prof. A. Watson	Bridgton	"
Rob. Smellie	Cambridge	"
J. E. Boscawell	Trarstion	"
Frank Smith	Rollot	"
Ed. Marsden	Central	"
James Macdonald	Dundee	"
W. Small	Railist Burghs	"
A. Hadden	Govan	"
A. Ch. Robertson	Strirlingshire	"
J. L. Macdonald	North Aberdeen	"

Arbeiterkandidaten, die von den Liberalen unterstützt werden:

John Burns	Battersea (Süd-London)	Soz.
Ed. Edwards	Tottenham (Nord-London)	Konservativ
A. Alpinwall	Wigan (Lancashire)	"
Ed. Maddison	Wid-Hull (Yorkshire)	"
Ed. Harford	Northampton	Liberal

und noch ca. 1 Duzend.

Wie ein Telegramm uns meldet, ist Hobart, der zweite auf obiger Liste, mit 813 Stimmen gegen den Konservativen Burges, der 4009 Stimmen bekam, erlegen. —

Der Verlauf der englischen Wahlen läßt sich für die Liberalen sehr schlecht an. Man kann zwar aus den Ziffern der ersten Wahltage noch keinen festen Schluß ziehen, allein bis heute haben die Liberalen schon 8 Sitze verloren, während sie nur einen gewonnen, so daß die Hälfte ihrer „Majorität“ ihnen schon entrisen ist. Die noch ausstehenden Wahlen bieten aber den Unionisten entschieden günstigere Chancen als die bereits entschiedenen. Eine Unionistenmajorität, steht schon jetzt außer Zweifel. Der Zug der öffentlichen Meinung — das läßt sich nicht verkennen — ist stark gegen den Liberalismus, der sich unter Rosebery gar zu jämmerlich gezeigt, und dem der alte Gladstone durch seine Weigerung, nochmals zu kandidieren, den Genickschlag gegeben hat. Der alte Gladstone will sein Andenken nicht mit dem schäbigen Niedergang des Liberalismus belasten. —

Die kubanischen Aufständischen scheinen nach und nach Herr der Situation zu werden. Nach einer Depesche aus Habana haben die Insurgenten die Eisenbahn zwischen Nuvoitas und Puerto Principe, sowie die Telegraphenleitungen zwischen Nuvoitas und San Miguel zerstört; auch wurden die Brücken von ihnen unpassierbar gemacht.

Partei-Nachrichten.

Den Parteigenossen geben wir hiermit bekannt, daß in der polnischen Arbeiterversammlung am 24. Juni der Genosse M. Goscinski zum Vertrauensmann für Berlin und Umgebung gewählt ist. Bei allen Anfragen betreffend die polnische Arbeiterbewegung wende man sich daher an M. Goscinski, Berlin O., Blumenstr. 33, Hof 1.

Der linke Flügel der Mannheimer Liberalen hatte sich der Sozialdemokratie zu einem Bündniß bei der Landtagswahl in empfehlende Erinnerung gebracht. Darauf antwortete die „Vollstimme“: „Die sozialdemokratische Partei schließt keine Kompromisse, sie verläßt sich auf ihre eigene Kraft. Unsere Parole lautet: Entweder Dreesbach und Geis oder gar keiner. Entweder mit Ehren siegen oder unterliegen!“

Aus dem Kreise Meserich. Demit wird uns geschrieben, daß der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen bei der jüngsten Reichstagswahl im Herbst der den Sommer über auswärts beschäftigten Arbeiter seine Ursache habe.

In der Abstimmung des Gemeinderathsmitglieds M. A. L. in Wilkau i. S. über die Kriegereinführung Angelegenheit, wogegen das „Sächsische Volksblatt“ scharf Stellung nahm, wurde diesem aus Wilkau u. a. geschrieben, daß es sich um ein neues Kriegereinführung überhaupt nicht handelte, sondern um die wegen eines Straßendurchbruchs vorzunehmende Wegschaffung des alten Denkmals und dessen Neuaufstellung auf einem anderen Platz. Wäre die 800 M., die dafür (wohl von den Militärvereinen, als den vernünftigen Errichtern des Denkmals?) gefordert wurden, nicht bewilligt worden, so wäre die Befestigung und Wiederaufstellung des Denkmals von der Gemeinde zu besorgen, was mehr Kosten erfordern würde. Auch habe Müller nicht Militärvereine für sich gewinnen, sondern diejenigen von ihnen, die bisher bei den Wahlen immer für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmten, und angesichts der bevorstehenden Landtagswahl erhalten wollen.

Auf der Höhe des Mainharder Waldes, auf der Sonnenwiese in Hinterroth, veranstalteten die Parteigenossen von Weinsberg in Württemberg kürzlich ein Parteifest. Das „Wächtersche Sonntagsblatt“ berichtet darüber: Die Partei besteht hier aus lauter Kleinhandwerkern und Kleinbauern, denn im ganzen Bezirk ist keine einzige Fabrik und im Umkreis von fünf Stunden auch keine Stadt. Von allen Seiten waren die Genossen herzugeströmt, um an dem Feste theilzunehmen. Ein deutlicher Beweis, daß man auch auf dem Lande etwas erreichen kann.

Politikalisches, Gerichtlichcs etc.

Wie seinerzeit im „Vorwärts“ mitgetheilt worden ist, hatte die Antihauptmannschaft in Pirna den dort domicilirten sozialdemokratischen Verein für den 8. sächsischen Reichstagswahlkreis aufgelöst, als der Vorsitzende dieses Vereins, Genosse Zeichmann, ihrem Verlangen nicht nachgegeben war, die Mitgliederliste einzureichen. Die Antihauptmannschaft stützte ihre Forderung darauf, daß der Verein in dem zu ihrem Amtsbezirk gehörigen Ort Dohna Versammlungen abgehalten hatte. Der Vorsitzende hielt aber das Verlangen für ungeschickt und kam ihm deshalb nicht nach. Die Antihauptmannschaft hatte den Stadtrath von Pirna von der Auflösung des Vereins nicht unterrichtet. Infolge dessen erklärte dieser dem Vorsitzenden des Vereins, die Auflösung treffe nicht den Stadtbezirk, folglich auch nicht die dortige Thätigkeit des Vereins. Demgemäß arbeitete der Verein im Stadtbezirk Pirna weiter. Nun wurde gegen Zeichmann Anklage erhoben. Das Schöffengericht hat dieser Tage auf Verurtheilung erkannt. Zeichmann soll 30 M. Geldstrafe zahlen. Begründet wurde das Urtheil mit der Behauptung, § 4 des Vereinsgesetzes räume unbedingt der Antihauptmannschaft das Recht ein, für Versammlungen in ihrem Bezirke die ihr nöthig erscheinenden Auskünfte zu verlangen. Nach dieser Auslegung hätte jede Ortsbehörde das Recht, Auskünfte über einen Verein zu verlangen, wenn er in ihrem Bereich eine Versammlung abhält. Natürlich wird das Urtheil angefochten. Die Beschwerde, die gegen die Auflösung des Vereins eingelegt war, ist bis heute noch nicht beantwortet.

Auf der Vogelwiese in Zwettau hatte der Parteigenosse M. A. L., dem seine Freunde den Spitznamen „Mune“ gegeben haben, diesen Namen auf dem Schild an seinem Schankell anbringen lassen. Die heilige Hermandad befohl ihm die Entfernung des Spitznamens, weil „unter dem Namen Mune eine sozialistische Idee zu erblicken“ sei. Für den Fall, daß er dem Gebote nicht nachkäme, sollte M. A. L.'s Zeit geschlossen und ihm eine Geldstrafe von 20 M. auferlegt werden. Um sich nicht das Geschäft verderben zu lassen, änderte M. A. L., wie man uns schreibt, die Aufschrift des Schildes folgendermaßen um: „Zur Mune. Max Müller“. Jetzt scheint sich Zwettau und der sächsische Staat vor der neuen „sozialistischen Idee“ gerettet zu halten. Wenigstens ist die heilige Hermandad noch nicht wieder bei dem gefährlichen Zeitbisher gewesen, auch das ihm angekündigte Strafmandat hat er noch nicht bekommen.

Soziale Ueberfluth.

Den Bau von Wohnhäusern auf dem Lande, und zwar für Postunterbeamte, hat der Staatssekretär des Reichspostamts angeordnet, weil — wie es heißt — Klage geführt worden wäre, daß die Postunterbeamten an ihrem Beschäftigungs-ort auf dem Lande mitunter keine Wohnung bekommen könnten. Die Wohnhäuser bleiben selbstverständlich Eigentum des Reichs. Es soll möglichst darauf Bedacht genommen werden, daß zu den als ausreichend groß gedachten Wohnungen je ein Stück Garten zugegeben werden kann. Unter keinen Umständen darf die Miete den Betrag des Wohnungsgeldzuschusses für den betreffenden Ort übersteigen. Man hofft, daß die Maßregel „sicherlich mit Freuden“ aufgenommen werde. Vielleicht, vielleicht auch nicht. Eins steht jedenfalls, nämlich daß durch das Wohnen in dem „reichthigen“ Hause der Postbeamte in noch größere Abhängigkeit von der Postverwaltung kommt.

Auf dem Gute Tornow bei Prenzlau sollen kürzlich ein Gefreiter und 12 Mann von der 7. Kompanie des 64. Regiments fünf Tage lang für einen Lohn von täglich 1,25 M. beschäftigt worden sein. Falls das guttrifft, möchten wir das Kriegsministerium bitten, mitzutheilen, was das für militärische Arbeiten gewesen sind, die die Soldaten auf dem Gute zu verrichten hatten. Etwa Gutbesitzer Arbeitskräfte zu liefern, dazu ist das deutsche Volk verfassungsmäßig nicht da.

Ueber die Organisation der Arbeitsvermittlung in Sachsen hat die sächsische Regierung eine Statistik veröffentlicht. Die Statistik erstreckt sich auf sämtliche Orte, die mehr als 2000 Einwohner haben, und zwar betrifft sie 143 Städte und 138 Dörfer, die nach der letzten Volkszählung zusammen 2 174 734 Einwohner zählten. Von diesen 301 Ortschaften hatten im Herbst vorigen Jahres 217, also über zwei Drittel, überhaupt keinerlei Arbeitsnachweis, d. h. weder einen öffentlichen noch einen privaten (durch Vereine u.). In den übrigen deutschen Staaten werden die Verhältnisse kaum besser sein.

Bei der Berufs- und Gewerbezahlung in Altona wollte man auch feststellen, wie viele Stellen suchende sich bei den Gewerbevermittlern gemeldet und wie viele davon Stellen bekommen haben. Nur über das letztere konnten die Gewerbevermittler Auskunft geben, über ersteres nicht, da sie die vorgeschriebenen Bücher nicht geführt hatten. Sie wurden sämtlich in Strafe genommen.

Eine Änderung des Gewerbegerichts-Statuts der Stadt Halle a. S. verlangen die Arbeiterbeisitzer des Gewerbegerichts u. a. nach der Richtung hin, daß auch die Arbeiter, die zur Zeit der Wahl arbeitslos sind, aber in Halle wohnen, wahlberechtigt sind; daß bei jeder Wahl nicht nur die Ausschreibenden, sondern auch die in der Wahlperiode ausgetretenen Beisitzer durch Neuwahlen ersetzt werden. Ferner soll der Magistrat durch das Gewerbegericht ersetzt werden, zu dem von der hiesigen Arbeiterschaft geforderten kommunalen Arbeitsnachweis eingehend Stellung zu nehmen.

Ueber die Wohnungsverhältnisse Rüssels a. M. liegt eine amtliche Darstellung aus dem Jahre 1890 vor. Das königliche Statistische Amt hat sie im Anschluß an die 1890er Volkszählung veröffentlicht. Danach bestanden 7505, gleich 13,2 pSt. aller Wohnungen, aus einem einzigen Raum; 18 072, gleich 31,7 pSt., aus zwei Räumen. In 423 einzimmerigen Wohnungen hausten fünf, in 202 sechs, in 15 neun, in 4 sogar zehn Personen. 1007 zweizimmerige Wohnungen beherbergten je sieben, 504 je acht Bewohner. Im ganzen wohnten in den 18 072 zweizimmerigen Logis 70 914 Menschen, gleich 28 pSt. der ganzen Einwohnerzahl; im Durchschnitt kamen also auf ein zweizimmeriges Logis fast 4 Personen.

Die Auswanderung, das Sicherheitsventil der bürgerlichen Gesellschaft Europas, wird immer ausfälliger. Daß in den Vereinigten Staaten so ziemlich alle Berufe überfüllt sind, ist schon allgemein bekannt. Ebenso weiß man das von Australien. Nun sind auch Canada und die südafrikanische Kapkolonie in die Reihe der Länder getreten, nach denen auszuwandern wenigstens allen Mittellosen dringend zu widerrathen ist.

Dr. Quard veröffentlicht in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ auf deren Artikel „Keine Stegmüllerei“ eine Erklärung, worin er die gegen ihn gerichteten Angriffe zurückweist und in Beziehung auf den Kernpunkt des Streites sagt:

Es ist unwar, daß der „Deutsche Verband Kaufmännischer Vereine“ zur Aufgabe habe, die Harmonie zwischen Gehilfen und Unternehmern zu wahren; es ist unwar, daß ich für diesen Verband „in der lebhaftesten Weise agitire“ und ihn „nach jeder Richtung hin unterstütze“. In dem genannten Verband befinden sich ca. 100 kaufmännische Vereine mit ca. 80 000 Gehilfen und 20 000 Prinzipalen. Die erste Zahl wird von dem Verfasser der anonymen Angriffe gegen mich bezeichnenderweise in seiner ganzen Polemik aufs sorgfältigste verschwiegen. Schöngemüths ist der Zweck des Verbandes „Verachtung und Förderung der Interessen der deutschen kaufmännischen Vereine, der Handlungsgehilfen, sowie des gesamten Handelsstandes“. Nun versuchen einige mächtige kaufmännische Vereine, in welchen sich die Gehilfen trotz ihrer Mehrzahl nicht genügend in ihrem Interesse äußern, allerdings dem Verband eine falsche, harmoniefreundliche Richtung zu geben. Und gegen diese Versuche bin ich mit dem Frankfurter „Verein für Angestellte“, mit der „Kaufm. Presse“ im Verband thätig, nicht für dieselben. Weil wir auch im Verband den Klassenkampf vertreten, deshalb waren die Mainzer Verhandlungen so stürmisch. Wie segten unseren Standpunkt in drei entscheidenden Punkten durch, wir brachten dadurch die schlummernden Gehilfen in einer ganzen Reihe von Vereinen zum Erwachen, wie die beigelegten Exemplare der „Kaufm. Presse“ zeigen, und es machte uns ganz besonderes Vergnügen, unsern Standpunkt den anwesenden hessischen Regierungsvertretern gegenüber klarzulegen, während die „preussischen“ Vertreter, von denen der anonyme Verleumder fabelt, niemals angelündigt oder erwartet worden waren, diejenigen des Reichsamts des Innern aber vorgezogen hatten, wegzubleiben, wohl in Erwartung der Dinge, die da kommen würden. Ich weiß, was es mit der Behauptung auf sich hat, daß ich für den Verband agitiere und ihn unterstütze. Ich agitiere für und unterstütze die selbständige Gehilfenbewegung im Verband gegen die prinzipalfeindliche, die die Mehrzahl der Gehilfen leider entgegen einem bekannten Sprichwort noch immer vorzieht. Und dieser fortwährende Kampf ist natürlich nicht gerade mit großen Annehmlichkeiten verknüpft.

Es ist unwar, daß ich jemals „die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Kaufmannsorganisation bekämpfe oder gelegentlich ins lächerliche gezogen hätte“. Diese Behauptung ist vollständig aus den Fingern geflogen. Ich habe einzelne Personen in dieser Bewegung oder vielmehr nur ihre Anschauungen sachlich bekämpft, im wesentlichen Herrn Julius Türk, aber auch nur, nachdem er mich in der unqualifizierbaren Weise persönlich angegriffen hatte. Der Hamburger „Vorwärts“ dagegen hat eine von seinem Vorsitzenden gegen mich beantragte Resolution abgelehnt, nachdem er mich gehört hatte, und bei den freien Vereinigungen in Nürnberg, Göttingen, München, Stuttgart und Mannheim habe ich unter dem lebhaftesten Beifall der Mitglieder meine Anschauungen entwickelt, so daß ich jetzt in fortwährender Verbindung mit einzelnen Mitgliedern derselben stehe, die mir Gehilfenmitteilungen für meine „Kaufm. Presse“ machen.

Die „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ hält demgegenüber ihre Anschuldigung, daß Dr. Quard durch seine Beteiligung an dem Verband deutscher kaufmännischer Vereine Stegmüllerei treibe, aufrecht, und zitiert einige Stellen aus der von Dr. Quard redigierten „Kaufmännischen Presse“, woraus hervorgeht, daß dieses Blatt im Jahre 1892 — allerdings zu einer Zeit, als ihr Redakteur Dr. Quard in der Sommerfrische war — die Handlungsgehilfen vor den „sozialdemokratischen Rufen“ warnte, weiter, daß auch heute noch, nachdem Dr. Quard sich offen zu unserer Partei bekannt, die „Kaufmännische Presse“ es mit großer Entrüstung zurückweist, wenn die gegnerische Presse aus seiner Zugehörigkeit zu unserer Partei den zwar falschen, aber landläufigen Schluß zieht, daß die kaufmännische Organisation, an der er sich beteiligt, im sozialdemokratischen Fahrwasser liege. Diese Haltung der „Kaufmännischen Presse“ kann man sich damit erklären, daß der Frankfurter kaufmännische Verein, an dem sich Dr. Quard beteiligt, die Parteipolitik und religiöse Angelegenheiten statutarisch ausschließt, wie denn auch Dr. Quard der Ansicht ist, daß die berufliche Organisation nur gewerkschaftlich sein und keine Parteipolitik treiben kann, weil sie zur Erreichung ihrer Ziele mit Angehörigen aller Parteien rechnen muß. Dieser Standpunkt ist zwar nicht ohne weiteres zu verurtheilen, wie denn unsere Partei nie verlangt hat, daß sich Berufsvereine, die auch Angehörige anderer politischer Parteien haben, formell zur Sozialdemokratie bekennen sollen. Es ist Sache der Berufsvereine selbst, ob sie das thun wollen oder nicht. Aber daß es weder unserer Partei noch solchen parteilosen Vereinen

nützlich ist, mindestens eine Quelle peinlicher Mißverständnisse sein muß, wenn ein in unserer Partei hervorragender Mann wie Dr. Quard publizistisch einer parteilosen Berufsvereins ist, das scheint uns allerdings sehr zu bedauern. Die Gegner werden fortwährend aus seiner Parteistellung ihre Argumente schöpfen, um dem parteilosen Gehilfenverein zu schaden, und die Partei erlebt das peinliche Schauspiel, zu sehen, daß einer ihrer Vertreter bei dem Bestreben, den Verein gegen Feinde zu verteidigen, den Vorwurf „sozialdemokratisch“ für eine Verächtlichung erkläre. Die Bezeichnung „Sozialdemokrat“ halten aber wir und alle Parteigenossen für eine Ehre, und die meisten Berufsvereine betrachten es auch als keine Schande, wenn man sie so nennt.

Bemerkt sei noch, daß Genosse Quard dem Parteivorstand das Material in dieser Sache eingesandt hat.

Gewerkschaftliches.

Verband deutscher Musterzeichner. Die in fast allen größeren Städten existierenden Musterzeichner-Vereine bilden den seit 1892 bestehenden Verband deutscher Musterzeichner, der die Rechte einer juristischen Person und seinen Sitz in Leipzig hat. Da dieser Vereinigung immer noch viele Kollegen fern liegen, so werden diese hiermit gebeten, ihre abwartende Stellung aufzugeben und sich dem zunächst liegenden Verein anzuschließen. Jede Auskunft, alle den Verband betreffenden Drucksachen, Statuten u. s. w., erhalten Interessenten von dem Leiter des Agitationsbureaus, Emil Jander, in Breslau, Ohlauerstraße 53/54, auf Verlangen stets gern zugesandt.

Ihr Banarbeiter-Vereinigung in Halle a. S. Vom Ausstand der Maurer und Banarbeiter ist bis jetzt keine weitere Veränderung gemeldet, als daß ein Unternehmer wieder bewilligt hat. Von den Zimmerern haben etwa 40 den geforderten Stundenlohn von 40 Pf. erhalten. Ebenso viele streiken noch. 80—90 beteiligten sich überhaupt nicht an der Bewegung. Das ist um so merkwürdiger, als der Lohn seit dem Jahre 1890, wo er 88 Pf. betrug, bis auf 32 Pf. gesunken ist.

Ein Malerstreik ist in Königsberg i. Pr. ausgebrochen. Die Malergehilfen beanspruchten bei einem Minimallohn von 35 Pf. für die Stunde täglich eine 9½stündige Arbeitszeit, statt der bisherigen 10½ Arbeitsstunden bei 33 Pf. Lohn für die Stunde. Da die Meister auf diese Forderung nicht eingingen, so legte der größte Theil der Gehilfen die Arbeit nieder.

Zuzug von Steinsehern nach Hannover ist zu vermeiden. Die dortigen Kameraden stehen in einer Bewegung um Lohnerrhöhung. Die Unternehmer wollen die Forderung nicht bewilligen und suchen deshalb auswärtige Arbeitskräfte.

Streiklohn. Beim Böttcherstreik in Halle a. S. kamen 424,95 M. ein. Ausgegeben wurden 418,85 M. Der Zentralverein der Böttcher feuerte dazu 150 M. bei.

Wirtsfährliche Revision sämtlicher Verbergen beschloß das Gewerkschaftsamt in Bergedorf. Mit der Revision ist eine dreigliedrige besondere Kommission beauftragt.

Die Kieler Gewerkschaften begingen am Sonntag unter den denkbar schlechtesten Witterungsverhältnissen ihr zweites gemeinsames Gewerkschaftsfest. An dem Festzuge durch die Stadt beteiligten sich 2500 Personen. In dem geräumigen Etablissement Waldwiese dürfte sich diese Zahl verdoppelt haben. Die Kieler Polizei hatte, entgegen dem vorjährigen Brauche, diesmal die Beteiligung des Bildungsvereins der Frauen und Mädchen im Festzuge und das Tragen rother Fahnen verboten.

In Neunkirchen in Ostpreußen haben die Schrauben-dreher und Gewindschneider der Firma Brevillier und Komp. durch ein Streik alle ihre Forderungen durchgesetzt.

Gerichts-Beitrag.

Der Kampf gegen die Arbeiterinnenvereine wird im Zeichen der Kollerei munter fortgesetzt. Am Montag unterlag die politische Schlichtung des „Arbeiterinnen-Bildungsvereins für Friedrichsberg und Umgegend“, welche der Amtsrichter Röder am 25. Mai d. J. verfügte, in bezug auf ihre Rechtsgültigkeit der Prüfung der ersten Strafkammer am Landgericht II. Mit dieser Angelegenheit in Verbindung stand eine Anklage wegen Vergehens gegen das preussische Vereinsgesetz vom 11. März 1850, welche sich gegen den früheren Vorstand des Vereins, nämlich die Vorsitzende Frau Magdalena Swendt, gegen die Kassirerin Frau Bertha Liepe und Frau Ida Köhn richtete. Dieselben sollten, der Anklageschrift zufolge, gegen § 8a des genannten Gesetzes verstoßen haben, indem sie in einem Vereine, der nur weibliche Personen als Mitglieder ausnahm, politische Thematia erörtern ließen und dadurch den Verein zu einem politischen Stempel, welchem weibliche Personen nicht angehören dürfen. So soll in den Versammlungen zum Anschluß an die sozialdemokratische Partei und zur Agitation im sozialdemokratischen Sinne aufgefordert, auch die entsetzliche Anschauung ausgesprochen worden sein, daß das weibliche Geschlecht im politischen Leben dieselben Rechte genießen müsse, wie das männliche Geschlecht. In anderen Vorträgen solle, man höre, die „Kampfmittel der modernen Arbeiterbewegung“ und die Anstrengung der „sozialen Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern“ empfohlen worden sein. Auf Befragen des Vorsitzenden, Landgerichts-Direktors Garb, erklärte Frau Swendt, der Verein sei begründet worden, weil sie und die anderen Mitglieder sich bilden wollten. Die Redner habe sie vorher gar nicht gekannt. Das sozialpolitische Wissen des Gerichts vorsitzenden dokumentierte sich in folgendem: „Sie wollten sich bilden lassen durch Leute, die sie gar nicht kannten? Da wendet man sich doch an Leute, von denen man weiß, daß sie Bildung besitzen!“ Auf Anregung des Verteidigers, Rechtsanwalt Heine, erklärte Frau Swendt, daß die von ihr zugezogenen Vortragenden, wie sie in Zeitungsberichten gelesen, vorher in anderen Vereinen gesprochen hätten und sie dieselben auf diesem Wege kennen gelernt habe. Die Angeklagten zu 2 und 3 erklärten nach dem uns vorliegenden Bericht, daß sie politisch noch nicht so weit vorgeschritten seien, um sofort zu verstehen, wenn der Vortrag das politische Gebiet berühre. Nach der Belundung der drei als Zeugen geladenen Gendarmen haben in dem Vereine „alle bekannten Rednerinnen der sozialistischen Frauenvereine und auch verschiedene männliche Sozialdemokraten gesprochen.“ Donnerwetter! Der Staatsanwalt beantragte außer der Festsetzung der Schlichtung des Vereins von seiten des Gerichts für jede der drei Angeklagten 14 Tage Gefängnis, und zwar mußte auf Gefängnis erkannt werden, weil eine Geldstrafe die Angeklagten nicht treffen würde, da diese doch nur der Verein bezahle. Der Verteidiger bestritt, daß die sozialdemokratische Partei ohne weiteres als eine politische Partei und ihre Redner als politische anzusehen seien. Die sozialdemokratische Partei verfolge eine neue Weltanschauung, die nicht lediglich politisch, sondern hauptsächlich humaner, fast religiöser Art sei. Die in betracht kommenden Vorträge seien keine politischen gewesen. Wenn politische Absichten vorgekommen seien, so sei damit noch keineswegs erwiesen, daß der Verein ein politischer sei. Er bitte um Aufhebung der Schlichtung des Vereins und schlußmässiges Füllen um eine geringe Geldstrafe, denn diese würde die Angeklagten sicher und sehr schmerzhaft treffen, denn wer solle die Strafe zahlen? Der

Verein sei geschlossen und habe noch Schulden hinterlassen. Der Staatsanwalt bemerkte zu den Ausführungen des Verteidigers, daß seines Wissens der Verein noch im Geheimen fortbestehe und noch immer neue Mitglieder aufnehmen, welches profunde Wissen sowohl der Verteidiger wie die Angeklagten bestritten. Das Urtheil des Gerichts lautete auf Schließung des Vereins und auf 50 M. Geldstrafe gleich 10 Tagen Gefängnis für jede der Angeklagten und zwar mit folgender Begründung: Der Verein nahm nur Frauen auf. Die gehaltenen Vorträge waren zum Theil politisch. Schon die Thematia ließen dies zum Theil erkennen. Es war nicht ausgeschlossen, daß der Verein, Politik zu treiben, doch waren die Thematia so gewählt, daß man auf den Inhalt schließen konnte. Nach einem solchen Vortrage konnte man auch auf die Folge schließen. Die Angeklagten wußten das, zogen aber fortgesetzt nur Parteiredner zu. Für den Zweck der Bildung haben sie sehr wenig gethan. Wer sich bilden will, muß nach allen Richtungen Bildung suchen: in einem solchen Verein müssen Redner aller Denkungsarten zugezogen werden. Die einseitige Zuziehung von Rednern einer Partei läßt auf die Absicht schließen, diese einseitige, zur Politik drängende Bildung zu fördern.

Nach diesem Urtheil erwarten wir, daß die Damen um Frau Lina Morgenstern herum aus Furcht, andernfalls von wegen ihrer Einseitigkeit aufgelöst und mit empfindlicher Geld- oder Gefängnisstrafe belegt zu werden, sich demnächst einige sozialdemokratische Redner und Rednerinnen zulegen. Wie herrlich weit hat es doch der Staat der Sozialreform im Jubiläumsjahre des großen Krieges in der Forderung von Mitteln gebracht, dem nicht-universalen Bildungsstreben die nöthigen Flügel anzulegen. Ist es nicht ein Wunder, daß im öffentlichen Leben bei alledem es nur die eine Seite, nämlich die staatsfeindliche, sozialdemokratische ist, welche blüht, wächst und gedeiht!

Noch einmal „der schnelle Stationsassistent“. Zu dem Bericht in der 2. Beilage der Sonntags-Ausgabe unserer Zeitung, dem wir die obige Epigramme vorgesetzt hatten, wird uns mitgeteilt, daß das Urtheil nicht auf „40 Mark“, sondern auf 400 Mark Geldstrafe lautete und daß im übrigen noch manche andere Unrichtigkeiten untergelaufen sind. Der Assistent Pfeiffer wohnt nicht in Nixdorf, sondern in Deutsch-Wilmersdorf. Der verletzte Gärtner hieß nicht Wardenorf, sondern Pappenborn. Nicht dieser hatte seine Frau bei sich, sondern Pfeiffer lag mit seiner Frau in das Koupée, in welchem Pappenborn lag und seine lange Beine bis an den gegenüber befindlichen Sitz streckte. Wie die Verhandlung ergab, wollte sich Frau Pfeiffer in die gegenüber liegende Ecke setzen, mußte aber dabei die Sitzfelle des Pappenborn mit ihren Kleidern putzen. Ihr Gatte rief: „Setz Dich nicht dahin, Du machst Dir die Kleider schmutzig.“ Das war aber im Moment bereits geschehen und nun sagte Pfeiffer: „Das ist ein fleißiges Betragen!“ Pappenborn gab den „Fegel“ zurück, ohne seine Beine zurückzuziehen. Ein Wort gab das andere und als dem Stationsassistenten ein „Summer Junge“ an den Kopf geworfen wurde, hieß dieser mit seinem Stode zu. Pappenborn ist nicht „acht Tage“ arbeitsunfähig gewesen, sondern hat nur eine Schramme am Hals erhalten, die ihn in Ausübung seines Berufs nicht hinderte. Die Flegel lag daher auf beiden Seiten und wurde kompensiert worden sein, wenn Pfeiffer statt eines Stodschlages eine Ohrfeige verfehle. Da aber ein Stod ein „gefährliches Werkzeug“ im Sinne des Gesetzes ist, so mußte gegen Pfeiffer das öffentliche Verahren eingeleitet werden, welches Widerklage und Kompensation ausschließt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Wien, 13. Juli. Aus Süden (Tirol) wird gemeldet, daß in der Drillergruppe gestern 6 Engländer, welche ohne Führer waren, abgeführt sind. 2 Damen sind schwer, die übrigen Theilnehmer leicht verletzt.

Kattowitz, 13. Juli. Auf der „Gottesfegen-Grube“ zu Antonienhütte, woselbst erst im vorigen Monat zwanzig Bergleute durch einen Grubenbrand vernichtet sind, wurden Sonntag Nacht drei Arbeiter durch Explosion einer Dynamitpatrone getödtet. Als Ursache des Unfalles wird angegeben, daß ein Arbeiter sich mit der Patrone der Grubenlampe unvorsichtig genähert habe. — Von den Leichen, welche von dem früheren Unglücke her noch im Aschenbornschachte derselben Grube lagen, sind heute früh drei geborgen worden. Die übrigen Leichen hofft man im Laufe des heutigen Tages zu bergen.

Rom, 15. Juli. Gestern flog eine Pulverfabrik bei Tivoli (Brevino Rom) in die Luft. Es herrschte große Erregung. Drei Personen sind umgekommen. In der Nähe plachten Fenster-scheiben und wurden viele Häuser, besonders die Villa Este beschädigt.

Madrid, 15. Juli. In Zamora kam es infolge der Brottheuerung zu Unruhen, bei welchen mehrere Gendarmen verwundet und ein Unbetheiligter durch eine verirrte Kugel getödtet wurde. Vierzig Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Songkong, 15. Juli. (Melbung des „Neuer'schen Bureau's.") Eine japanische Streitmacht von 700 Mann ist von Tsautitia (?) in Nordformosa abgegangen, um die Schwarzflaggen in Taiwan anzugreifen; es dürfte am 20. d. M. zum Kampfe kommen. Ein starkes japanisches Geschwader unterstützt die Landtruppe. Nach Berichten aus Tsalao ist dort alles ruhig.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Brünn, 14. Juli. Auf dem hiesigen Nordbahnhof stieß ein Zug auf einen Postambulanzwagen; der letztere wurde zertrümmert. Der Postexpeditor Isaak und zwei andere Postbeamten trugen schwere Verletzungen davon. Der Zusammenstoß wurde durch falsche Weichenstellung herbeigeführt.

Antenberg (Böhmen), 15. Juli. In der von Erwachsenen stark besuchten hiesigen Renagerie Kießelsky enthand während einer Vorstellung eine furchtbare Panik, weil plötzlich der Ruf ertönte, daß ein Löwe ausgebrochen sei. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Paris, 14. Juli. Der Photograph Fromontin, welcher gestern vor dem Handelsgericht einen Prozeß gegen den Buchhändler Anselma verlor, schoß den letzteren durch vier Revolvergeschosse nieder, die ihn sofort tödteten. Fromontin wurde verhaftet, er erklärte, nicht aus Vorbedacht gehandelt zu haben.

Paris, 15. Juli. Aus Moulvaix wird gemeldet, daß bei Verhaftung eines Schmugglers unter der Menge eine derartige Erregung entstand, daß die die Polizeibeamten angriff. Es kamen viele Verwundungen vor.

London, 15. Juli. Aus Conrth (Irland) kommt die Nachricht, daß zwischen Parnelliten und Antiparnelliten blutige Zusammenstöße stattfanden. Der Bischof richtete an die Mitglieder der Bidsse einen Hirtenbrief, worin er zur Ruhe und zum Frieden ermahnt.

London, 15. Juli. Soweit bis jetzt bekannt, sind bei den Parlamentswahlen gewählt: 119 Unionisten, 11 Liberale und 4 Parnelliten.

Madrid, 15. Juli. Wie aus Tanger gemeldet wird, ist ein deutsches Kriegsschiff nach Algier abgeandant worden. Dort haben die Marokkaner die Schiffsladung eines deutschen Dampfers beschlagnahmt, welcher die Ladung gelöst hatte, nachdem er an der Küste gescheitert war.

New-York, 15. Juli. Von Port-au-Prince (Haiti) wurde ein amerikanisches Kriegsschiff mit der Ordre abgeandant, eine Filibusterexpedition, die unter amerikanischer Flagge nach Cuba segelt, zu verfolgen und abzufangen.

Parteienossen! Arbeiter!

Am November d. J. finden im 2., 5., 7., 11., 13., 15., 17., 24., 27., 30., 33., 35., 39. und 42. Kommunal-Wahlbezirk III. Abtheilung die Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Wahlberechtigt ist nach § 5 der Städte-Ordnung jeder in die Wählerlisten eingetragene selbständige Einwohner, der Preussische und 24 Jahre alt ist, seit einem Jahr in Berlin wohnt und seit einem Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen hat, sowie mindestens zur zweiten Steuerstufe (660—900 Mark Einkommen) eingeschätzt ist.

Die Liste der stimmungsfähigen Bürger liegt bis zum 30. Juli d. J. täglich, also auch Sonntags, von 9—3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2. Et., zu jedermanns Einsicht aus.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste können nur während dieser Zeit schriftlich beim Magistrat erhoben werden. Jeder die Berechtigung der gegen die Richtigkeit der Listen erhobenen Einsprüche entscheidet die Stadtverordneten-Versammlung.

Zu einem für die Sozialdemokratie erfolgreichen Ausfall des bevorstehenden Kommunal-Wahlkampfes ist es notwendig, daß jeder stimmberechtigte Parteigenosse und Arbeiter sich durch Einsichtnahme in die Listen vergewissert, daß er sein Wahlrecht ausüben kann. Wir mahnen daher dringend zur genauesten Kontrolle der Wählerlisten, und richten diese Aufforderung besonders auch an diejenigen Wähler, welche wegen nicht vollzahlter Kur- und Verpflegungskosten in städtischen Krankenhäusern nicht in die Wählerliste aufgenommen bzw. aus derselben gestrichen sind.

Der Magistrat betrachtet nämlich die Aufnahme und Behandlung in städtischen Krankenhäusern auch dann als eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln, wenn die dadurch entstehenden Kosten durch Ratenzahlungen abgetragen wird.

Die Stadtverordneten-Versammlung dagegen hat wiederholt beschlossen, daß Krankenhausschulden, welche durch Ratenzahlungen getilgt werden, nicht zum Verlust des Wahlrechts führen, und den Magistrat aufgefordert, demgemäß zu verfahren.

Da der Magistrat trotzdem an seiner Auffassung festhält, so fordern wir in der Gewissheit, daß die Stadtverordneten-Versammlung die Eintragung in die Wählerlisten beschließen wird, diejenigen Wähler, denen aus oben bezeichneter Veranlassung das Wahlrecht entzogen wird, hiermit auf, beim Magistrat schriftlich Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerliste zu erheben. Wir bemerken noch, daß auch die Gewährung des Armenrechts zur Führung von Prozessen nicht als Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln gilt.

Parteienossen! Zur Vorbereitung der im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen muß zunächst die Kontrollierung der Wählerlisten organisiert werden.

Die zur Wahl berufenen Kommunal-Wahlbezirke bestehen aus folgenden Stadtbezirken:

Zum zweiten Kommunal-Wahlbezirk gehören die Stadtbezirke 6—10, der 144. Stadtbezirk und die Häuser kleine Kurstr. 9, Niederwallstr. 24 und 25 sowie Spittelmarkt 14 und 14a.

Zum fünften Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 21—26. Stadtbezirk 30 mit Ausschluß der Häuser: Königsgrabenstr. 121, Charlottenstr. 11—12, Junferstr. 1, Lindenstr. 89, Marktgrabenstr. 10—16 und 85—94. Vom Stadtbezirk 22 die Häuser Wilhelmstr. 42a und Zimmerstr. 1.

Zum 7. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 31 bis 39 mit Ausschluß des Hauses Eintr. 46. Vom Stadtbezirk 45: Die Häuser Grobenstr. 1—11 und 41, An der Apostelkirche 1, Kurfürststr. 29—48 und 159—150. Vom Stadtbezirk 46: Köpenickerstr. 93.

Zum 11. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 63 bis 67 und 74 bis 78 mit Ausschluß der Häuser Vellealliancestr. 90, Gneisenaustr. 1.

Zum 13. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 88—94 mit Ausschluß der Häuser Reichenbergerstr. 173, Laufferstr. 1, Etalierstr. 89 und 46 und Wienerstr. 69. Vom Stadtbezirk 87: Admiralstr. 86—100a, Bräuerstr. 25, Kottbuserstr. 7 und 8.

Zum 15. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 82—85 mit Ausnahme der Häuser Albalberstr. 85 und Raunungsstr. 59. Vom Stadtbezirk 81: Elisabeth-Alt. 86. Vom Stadtbezirk 86: Oranienstr. 24—26 und 180—183; sowie vom Stadtbezirk 95: Mantelstr. 42 und Oranienstr. 1.

Zum 17. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 114—117 und 123—124, mit Ausschluß der Häuser Brandenburgerstr. 17 und 64, Wasserthorstr. 25a, Pringenstr. 91, Mitterstr. 19a—29 und 98—105.

Zum 21. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 168—173, mit Ausschluß der Häuser Breslauerstr. 17, Fruchtstr. 9 u. 10 und 80—82, Köpenickerstr. 5—7 u. 87, Schleifischer Bahnhof, Empfangsgebäude und Bahnanlagen bis zur Warschauerstr. 44, Maderdorferstr. 44—51, sowie Köpenickerstr. 40.

Zum 27. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 152—156 und 159 mit Ausschluß der Häuser Gr. Frankfurterstr. 48 u. 91, Markstr. 30, Große Frankfurterstr. 92—102a u. 126, Köpenickerstr. 41, Ballisadenstr. 88—89, Straußbergerstr. 9 u. 35, Gr. Frankfurterstr. 39—47, Weberstr. 64, Gr. Frankfurterstr. 12, Köpenickerstr. 42—43, Ballisadenstr. 88. Vom Stadtbezirk 146: Gr. Frankfurterstr. 69, Schillingstr. 20. Vom Stadtbezirk 151: Krautstr. 1a—2 und 64a—65a. Vom Stadtbezirk 162: Andrastr. 41—44 u. 47, Blumenstr. 34a—41 u. 43—51, Krautstr. 33—54.

Zum 30. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 202—209 mit Ausschluß der Häuser Preussenerstr. 80, Mühlstr. 1—9, Köpenickerstr. 1—6 und 15—19; Straße längs der Stadtbahn nördliche Seite; westlich von der Kochstraße inkl. Gehweg dieser und der Kochstraße hinter den Häusern der Münzstraße; Neue Schöndorferstr. 1 und 1a; Weinmeisterstr. 1a—8. Vom Stadtbezirk 210: Die Häuser Gips-

straße 18, Rosenthalerstr. 25. Vom Stadtbezirk 213: Das Haus Vinkenstr. 202.

Zum 33. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 226, 227, 255, 256, 268 und 269 mit Ausschluß der Häuser Fehrbellinerstr. 58—62, Gartenstr. 26—35 und 145—155, Invalidenstr. 23 und 129—132, Elbasserstr. 27—30. Vom Stadtbezirk 221: Die Häuser Angermünderstr. 1, Christinenstr. 1, Rothringstr. 23—27. Vom Stadtbezirk 225: Chorinerstr. 4—6 und 78—86, Zehnenderstr. 9. Vom Stadtbezirk 257: Adlerstr. 27—28 u. 143, Invalidenstr. 148 und 163, Bergstraße 31, Pappelplatz. Vom Stadtbezirk 267: Bergstraße 62.

Zum 35. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 229—236 mit Ausschluß der Häuser Kasanien-Allee 86 und 70, Schwedterstr. 29, Bernauerstr. 26, Rheinsbergerstr. 79.

Zum 39. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 216, 217, 279—283 und 285 mit Ausschluß der Häuser Auguststr. 1—2 und 69—93, Invalidenstr. 80—83. Vom Stadtbezirk 211: Artilleriestr. 13—16 und 89—93, Ziegelstraße 14—21. Vom Stadtbezirk 215: Artilleriestr. 4a—4c, 21 und 31—31a, Auguststr. 4, Oranienburgerstr. 35—39 und 64—69. Vom Stadtbezirk 286: Alt-Moabit 129 und Werftstr. 21.

Zum 42. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 276—278, 319—326, mit Ausschluß der Häuser Panzerstr. 7 und 47. Vom Stadtbezirk 313: Schulstr. 61—86.

Auf an's Werk! Die Listen liegen bis zum 30. d. M. täglich von 9 bis 3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2. Et., zu jedermanns Einsicht aus.

Für diejenigen Wähler, welche nicht in der Lage sind, die Wählerlisten selbst einzusehen, sind die nachstehend aufgeführten Parteigenossen bereit, dies zu thun:

Für den 5. Kommunal-Wahlbezirk: Schulz, Prinz Albrechtstr. 3a; Schumacher, Kochstr. 6; Hertel, Wesselstr. 14; Gaseloff, Friedrichstr. 234; Saff, Marktgrabenstr. 102; Neumann, Marktgrabenstr. 23; Zubeil, Lindenstraße 106; Müller, Wilhelmstr. 16; Pohl, Junferstr. 12.

Für den 7. Kommunal-Wahlbezirk: Werner, Wilhelmsstr. 59; Faber, Köpenickerstr. 4; Behrendt, Blumenstraße 5.

Für den 11. Kommunal-Wahlbezirk: Raumann, Maderstr. 42; Müller, Gräfenstr. 31; Schanheim, Gräfenstraße 8; Söwendorf, Priesenstr. 4; Reichert, Willibald-Alexisstr. 22; Grube, Mariendorferstr. 5; Ritzing, Belle-Alliancestr. 74.

Für den 13. Kommunal-Wahlbezirk: Köppen, Reichenbergerstr. 118; Schayer, Reichenbergerstr. 54; Felgentreff, Reichenbergerstr. 21; Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a.

Für den 15. Kommunal-Wahlbezirk: Streit, Raunungsstr. 86; Th. Mehnert, Raunungsstr. 67, II; Henke, Raunungsstr. 26.

Für den 17. Kommunal-Wahlbezirk: Lindemann, Moritzstr. 9; Wolsdorf, Wasserthorstr. 20; Börner, Mitterstr. 15.

Für den 21. Kommunal-Wahlbezirk: Owzard, Langestr. 65; Albert Böhl, Maderdorferstr. 8.

Für den 27. Kommunal-Wahlbezirk: W. Loh, Friedrichsbergerstr. 11; R. Vach, Straußbergerstr. 34.

Für den 30. Kommunal-Wahlbezirk: Wernau, Rosenthalerstr. 37; W. W. Wernau, Vinkenstr. 20.

Für den 33. Kommunal-Wahlbezirk: Oberschmidt, Weinbergsweg 114; W. W. Wernau, Adlerstr. 145; Thomas, Gartenstraße 152; Marx, Kasanien-Allee 85/86.

Für den 35. Kommunal-Wahlbezirk: Lichte, Schwedterstr. 83; Galbert, Färbenbergerstr. 5; Raabe, Ruppinerstr. 42; Scheyer, Brunnenstr. 44; Rosen, Thal, Gräfenstr. 6.

Für den 42. Kommunal-Wahlbezirk: Tauschel, Grenzstr. 4; Kerber, Kochstr. 30; Gaseloff, Wellerstr. 87; Wolfram, Pringen-Allee 21; Gaselmann, Grünthalstr. 67; Stolzenburg, Wiesenstr. 14.

Tokales.

Zu der unpünktlichen Bestellung einer Reichs-Postkarte, die für den betr. Arbeiter so üble Folgen hatte, wird uns noch folgendes geschrieben:

Derartige „Geschreibungen“, wie der technische Ausdruck heißt, kommen täglich in großer Zahl vor. Ihre Ursachen sind einerseits die durch ungenügendes Personal und unzureichende Räumlichkeiten hervorgerufene Hast und Überhastung des Verteilungsgeschäfts, andererseits die ebenfalls der Postverwaltung zur Last fallende häufige mangelhafte Ausbildung des bez. Personals. So kommt es denn, daß Briefsendungen mit genauer Straßenangabe Verfehlungen zuziehen, in deren Verfolg sie gar nicht gehören. Ich habe mich bereits über einige solche Verfehlungen meiner Korrespondenz beschwert, bin aber davon zurückgekommen, erstens weil jeder einzelne Fall nicht den schuldigen Theil, nämlich die Verwaltung trifft, sondern einen Unterbeamten, auf dessen Haupt dann Verweise und Geldstrafen herabregnen, zweitens und hauptsächlich, weil Einzelbeschwerden der Handhabung des Betriebes nicht das geringste zu ändern vermögen.

Dieselben Verhältnisse, nur in zehnmal verstärktem Umfange, walten auch, was den Fernverkehr anbelangt. Würde ein Male eines Abends einen Blick in einen zur Abfahrt fertig stehenden Bahnpostwagen werfen, er würde erfahren ob des „Mistes“, wie der technische Ausdruck wieder lautet, der sich dort ansammelt, und sein optimistisches Gesicht über die pünktliche Ankunft seiner Briefe würde sich sehr bald in das Gegenstück auflösen. Hunderte und tausende von Briefsendungen werden Bahnposten zugeführt, die in ganz andere Himmelsgegenden gehen, als die Aufschrift des Briefes lautet. Auch hier ist die Hauptursache; mangelhafte Kräfte. Ältere, ausgebildete Beamte gehen nicht gerne in die Briefabfertigung, weil es der anstrengendste Dienst des gesamten Postbetriebes ist. Was bleibt also übrig: Die jüngsten Beamten und Posthilfen, das heißt Bedienstete, verrichten diesen wichtigsten aller wichtigen Betriebszweige. Zwar besteht die Vorschrift, jede einzelne Verfehlung eines Briefes zum Gegenstand einer Rückmeldung an die schuldige Postanstalt zu machen. Aber man bedenke, was das heißt: Das Bahnpostpersonal müßte sofort unter Singsang von Zeugen jeden einzelnen fehlerhaften Brief genau nach Abgangsort, Abgangszeit, Bestimmungsort, Adresse notiren, dies nicht allein bei seiner Abfahrt beispielsweise von Berlin bewirken, sondern auch auf jeder Unterwegestation, wo dieselben Verhältnisse herrschen, und sich dann, nachdem es nach ca. 2—3 Tagen nach seinem Heimathsorte zurückkehrt, in seiner freien Zeit auf seinem vorgeschriebenen Umfange und so viele einzelne Rückmeldungen schreiben, als schuldige Postämter in Frage kommen. Das fällt nur einzelnen wenigen Personen ein, die anderen sagen sich — und mit recht: was nützt das, anders wird es ja doch nicht. Würde aber das Personal einer Bahnpost die Vorschrift ausführen und auch nur einen größeren Theil

der fehlerhaften Briefschaften — alle zu melden ist bei der Schwere und dem Umfang der zu bewältigenden Arbeit unmöglich — zurückmelden, so würde zwar die betr. Bahnpost, wie das schon geschehen ist, eine zeitlang wie ein Kranke gemieden werden und von den Verfehlungen verschont bleiben, dafür würden aber die übrigen Bahnposten mit dem „falschen Zeug“ desto mehr überschüttet, denn — irgendwo muß es abgehakt werden.

Wie ist nun diesen Missständen abzuhelfen? Einzig und allein durch bessere Ausbildung des bez. Personals und durch Vergrößerung und Vervollständigung unzureichender Räume und Einrichtungen. So lange dies aber nicht geschehen ist, muß gefordert werden, daß die fehlerhaften Berliner Briefe angeht, der wichtigen Interessen, die durch Verfehlungen oft die größten Schädigungen erfahren, mittels der Bahnpost ihrem richtigen Bestimmungsorte zugeführt werden, wie das bereits an den Sonntags Vormittagen geschieht. Im Fernverkehr müßten die der Bahnpost falsch zugehenden Sendungen, wie das bei den Ortspostanstalten für sämtliche Briefsendungen Vorschrift ist, auf der Rückseite mit dem Briefstempel der Bahnpost abgestempelt werden, damit die Empfänger die rechtzeitige, pünktliche und richtige Beförderung zu kontrolliren vermögen und daraufhin im Falle der Verfehlung einlegen. Da aber auch diese Einzelbeschwerden von sehr geringer Wirkung auf den Gesamtbetrieb wären, — ist der Erfolg doch nur der, daß die gewöhnlichen Briefsendungen der häufiger Verfehrte einlegenden Firmen mittels besondener Quittungsbücher von Betriebsstelle zu Betriebsstelle überwiesen werden — so würde es wohl angebracht sein, wenn irgend ein öffentliches Preßorgan behufs weiterer Maßnahmen an anderer Stelle zur Sammlung und Einfindung fehlerhafter Briefe zu spät angelommener und bestellter Briefsendungen aufforderte. Wie vor einigen Jahren dieser letztere Weg mit Erfolg eingeschlagen wurde, als es sich um die Beförderung langjähriger unerträglicher Missstände in der Beförderung von Briefsendungen von Berlin nach seinen Vororten bzw. nach seiner näheren Umgebung handelte, als beim Hof-Postamt in Berlin die Briefmassen sich häuften und infolge unzureichender Kräfte ein, zwei fahrplanmäßige Züge versäumten, — so würde auch in puncto Verfehlungen nur hierdurch eine Wendung zum Besseren zu erzielen sein.

Verheerliche Sozialpolitik. Ein Gerichtsdienster meldet: Eine unliebsame Ueberraschung ist den Gerichtsdienern beim Amtsgericht I zu theil geworden: Wie alljährlich war auch in diesem Jahre vorgesehen, daß den erwähnten Beamten abwechselnd und je nach ihrem Alter ein Urlaub von 10 bis 14 Tagen bewilligt werden sollte. Einige von ihnen erkrankten am Sonnabend den 6. Juli der Bureaustunden herbei, um mit der Familie den so notwendigen Erholungsurlaub bei Verwandten auf dem Lande anzufragen zu können. Da machte ihnen eine Verfügung des Amtsgerichtspräsidenten einen bösen Streich durch die Rechnung. Dieselbe ging dahin, daß alle Vertreter der zur Zeit erkrankten Gerichtsdieners sofort zu entlassen seien und daß der ihnen bewilligte Urlaub vorläufig wieder aufzuheben sei. Also anstatt der Erholung verschärfter Dienst! Vielleicht giebt es auch unter diesen Beamtenkategorien noch nicht genug Sozialdemokraten.

Das Interesse der Bevölkerung an dem kleinsten aller Wahlsysteme befindet sich auch in der der Presse gemeldeten Thatsache, daß zu der Landtagswahl im Wahlkreise Teltow-Beekow, welche heute von den Wahlmännern vollzogen werden soll, in sechzehn Wahlbezirken überhaupt nicht gewählt wurde, weil kein einziger Urwähler es der Mühe werth gefunden hatte, sich zu dem Wahltag einzufinden. Man versteht, daß eine aus solchem Interesse hervorgegangene „Volksvertretung“ es fertig bringen kann, den agrarischen Wölfen baare 16 Millionen Mark auf den Tisch zu legen.

Dem „kleinen Journal“ ist es leider nicht gegeben, das unvermeidliche mit Würde zu tragen. In einem von Schnipsworten strotzenden Artikel befaßt es am Montag Morgen die auch von uns gebrachte Meldung, daß einer der Räte des Herrn Dr. Leipziger in Stellvertretung des Chefs Prügel erhalten hat, und um die Sache noch bemitleidenswerther zu machen, veröffentlichte das Blättchen eine Zuschrift der Direction des Deutschen Volkstheaters, in der diese ihre Mißbilligung über die Ohrfeigen-Applikation ausdrückt, mit der Herr Franz den armen Nebakter bedacht hat. Auch wir würden der vielgeplagten Redaktion des „kl. Journals“ unser tiefgefühltes Mitleid nicht versagen, wenn der belagerte Vorfall bei all seiner Mißbilligung nicht gar so komisch wäre.

Die am Ausstellungspark in Treptow vorbeiführende Röhrender Landstraße befindet sich zur Zeit in einem geradezu habdrescherischen Zustande. Die Schienen, Schwellen etc., die zum Bahnbau verwendet werden sollen, liegen so regellos umher, daß Fußgänger Gefahr laufen, Fuß und Beine zu brechen. Diese Gefahr wird dadurch erhöht, daß die Laternen erst in späterer Abendstunde angezündet werden. Die vielen an der Röhrender Landstraße anfassigen Gastwirthe klagen über einen schlechten Geschäftsgang, zu welchem die geschilderten Verhältnisse mit Veranlassung geben.

In den neuen Vereicherungen des Berliner Aquariums an Buntfischen gehört auch der sog. Vielborster, dessen Erlangung mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Er bewohnt nämlich eine etwa fußlange, pergamentartige, aus Sandbänken u. a. selbst zusammengeleimte Höhle, die wie ein Hufeisen oder ein Halbmond geformt und mit den beiden offenen Enden freiliegend in dem Bogen mit in den Sand gesenkt ist. Daher muß, will man Thier und Höhle unverletzt erhalten, diese freigelegt und ausgegraben werden. Der Wurm selbst zeichnet sich durch die merkwürdige Gliederung des Körpers aus, indem er drei völlig verschiedene Abschnitte aufweist, von denen der erste und dritte verlängerte, flache Hufeisen mit anhängenden Fortsätzen tragen, wobei der Name „Vielborster“ (Chaetopterus) schreibt. Aus der Gruppe der freilebenden Vielborster ist ein zweiter Gast angekommen, die glänzende Hermione, eine nahe Verwandte der als Seeräupe bezeichneten und bekannten farbenprächtigen Aphrodite.

Das Ermittlungs-Verfahren gegen den Syndikus Einzelski zu Charlottenburg ist eingeleitet worden. Die gerichtliche Zeugenvernehmung hat, ohne daß es zu einer Verurteilung des Genannten gekommen ist, zur Abweisung der Anzeige geführt.

Eine Höllemaschinen-Epidemie scheint auch unter dem ehrbaren Spießbürgerthum unserer guten Nachbarstadt Spandau, infolge des „Attentats“ auf den Polizeikommissar Krause, ausgebrochen zu sein. Zwei Metallarbeiter von der Königl. Gewerfabrik arbeiten ganz harmlos in ihren Werkstätten zu Hause an einer Erfindung, der Vervollständigung eines Mechanismus. Ein Langobriger hört zu später Abendstunde leises Hämmern und Feilen, d. h. für ihn „verdächtige Geräusche“. Hitzend in seiner Hölleangst läuft er sofort zur Polizei, die sofort eine peinliche Hausdurchsuchung vornimmt, aber statt der vermutheten Höllemaschine eine leider noch nicht patentirte Er-

[illegible]

den Dienstag und Freitag in der Gemeindefeuer-Flammen-Abteilung...
Mittwoch, den 17. Juli: Großer Kinderfreudenfest.

Vermischtes.

Ueber das Brandunglück in Bratterode bringt die „Eagle-Blg.“ eine ausführliche Schilderung, der wir folgen...
— was sollen die Unglücklichen jetzt anfangen? Die Industrie

ihres Ortes ist vernichtet, alle Baarenvorräte sind verbrannt...
— was sollen die Unglücklichen jetzt anfangen? Die Industrie

Von der unheimlichen Schnelligkeit, mit der das Feuer sich ausbreitet, werden die haarsträubenden Geschichten erzählt...
— was sollen die Unglücklichen jetzt anfangen? Die Industrie

Die türkische Nationalhymne. Von einem Freunde in Wilhelmshaven, der den Kanalfeierlichkeiten beigewohnt hat...
— was sollen die Unglücklichen jetzt anfangen? Die Industrie

Nationalhymnen begrüßt. Das letzte der erscheinenden Schiffe war ein türkisches. Darob große Befürchtung bei unseren Rendsburger Stadtmuskanten...
— was sollen die Unglücklichen jetzt anfangen? Die Industrie

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

In Rechtsangelegenheiten wird ausschließlich am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7 bis 8 Uhr abends Auskunft erteilt.

R. B. 100. Anmeldung ist nicht erforderlich, aber zweckmäßig. — Scharf. In Deutschland sind die Zeugen in der Regel vor ihrer Vernehmung zu beedigen...
— was sollen die Unglücklichen jetzt anfangen? Die Industrie

Briefkasten der Expedition.

Schitten, Adersstraße. Das Inserat kostet 6,40 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 16. Juli.
Friedr. Wilhelmstädter Park.
Täglich: Kinderfeste!
Heros Theater. Tota-Toto.
Schiller-Theater. Ehrenschulden.
Alexanderplatz - Theater. Eine, die zweite Frau.
National-Theater. Im Irrenhause.
Apollo-Theater. Ein Abenteuer im Harem.
Flora-Charlottenburg. Der Troubadour.
W. Noack's Sommertheater. Die goldene Insel.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr: Vorlesung
Vorstellung vor den Jerten: Ehrenschulden. Das Schweigen. Ohne Liebe.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Letzte Vorstellung vor den Jerten: Die Augen der Liebe. Einer muß heirathen.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Direktion: Max Samst.
Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Im Irrenhause.

Enkationschauspiel mit Melodramen in 5 Akten und 8 Bildern von H. B. 1. Bild: Zwei Hallunken. 2. Bild: Ein tiefes Geheimnis. 3. Bild: Der Rächer. 4. Bild: Die Geheimnisse des Irrenhauses. 5. Bild: Ein Verräther. 6. Bild: Der Plan des Tölpels. 7. Bild: Die Tochter des Verbrechers. 8. Bild: Der Giftmord.
Regie: Max Samst. Dirigent: Adolf Wiedede.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Nationaltheater - Garten:
Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.

Abends 9 Uhr bei elektrischer Beleuchtung: Auftret. der Geschwister Mingara auf dem über 100 Fuß hohen Thürmsteil.

Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Entree 20 Pf. Reservierter Platz 40 Pf.

Volksgarten

(ehem. Weimann's Volksgarten)
Gesundbrunnen. Badstr. 56/57.
Direktion: Max Samst.
Heute, sowie täglich:
Grosses

Konzert u. Theater-Vorstellung.
Spezialitäten 1. Rang.
Auftreten des Prof. Original-Komikers Wilhelm Fröbel.

Chansonetten, Soubretten, Viedersänger, Lustgymnastiker etc.
Täglich: Familien-Ball.
Kasseneröffnung 5 Uhr. — Anfang des Konzerts 6 Uhr.

Passé-partouts haben Gültigkeit.
Entree 20 Pf. Entree 20 Pf.
Geben den prachtvollen Weimann'schen Volksgarten an Vereine wochentags unentgeltlich ab.

Mittwoch, den 17. Juli:
Großes Kinderfreudenfest.

Aktion-Brauerei Friedrichshain (Königsthor).
Heute Dienstag:
Grosses Militär-Freikonzert.
Programm unentgeltlich.

Reichshallen.
Im prachtvollen Garten (bei ungünstiger Witterung im Saal):
Täglich:
Humoristische Soiree der Norddeutschen Quartett- u. Couplet-Sänger.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Reservierter Platz 50 Pf.
Sonntags: Anfang 7 Uhr.
Von der Annahmefest.
Ensemblezene.

Reichshallen.

Im prachtvollen Garten (bei ungünstiger Witterung im Saal):
Täglich:
Humoristische Soiree der Norddeutschen Quartett- u. Couplet-Sänger.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Reservierter Platz 50 Pf.
Sonntags: Anfang 7 Uhr.
Von der Annahmefest.
Ensemblezene.

Friedrich-Wilhelmstädter Concert-Park
25/26 Chaussee-Strasse 25/26.
Heute Dienstag:
Jubiläums-Vorstellung.
Zum 25. Male:
Berlin amüsirt sich
Cancan in Lumpen.
Blum als: Pauline v. Ballet.
Fränkel als: Theaterdirektor.
Ruffische Steppen-Tänzer.
Entree 30 Pf.

Passage - Panopticum.
Der Dynamit-mensch
läßt auf seinem Kopfe einen Steinblock vermittelst einer Patrone zer Sprengen.

Castan's Panoptikum.
Das Bärenweib.
Ein Flug durch die Luft!
Bestrafte weibliche Eitelkeit.

W. Noack's Sommer-Theater.
Grünauerstr. 16.
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saale: Grosser Ball.
Die goldene Insel.
Operette von Anton Anno.
Robert Hill, Viedersänger. Geschwister Morre, Duettisten. Clara Jordan, Kostüm-Soubrette. Rappo-Trio, Equilibristen.

C. Fröhlich's Gesellschaftssäle und Garten
Schönhauser Allee 161.
Jed. Sonntag, Dienstag u. Sonnabend:
Concert, Spezialität-Vorstellung.
Anfang 7 Uhr. Entree frei.
Sonntags Anf. 4 Uhr. Programm 10 Pf.
Jed. Montag: Gr. Concert. Entree frei.
Jed. Sonntag, Montag, Mittwoch: Ball.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.
Entree: Kinder 10 Pf. Erwachsene frei.
Kaffeeische täglich v. 2 Uhr ab geöffnet.
Für Vereine u. Gesellschaften v. 200 Pers. Spezialitäten-Vorstellung frei. 128922

Boltz' Sommergarten

Alte Jakobstr. 75.
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung.
Bei ungünstiger Witterung i. Park-Saal. Für Saison 1895/96 Säle zu Festlichkeiten u. Versammlungen.

C. Boltzmann's Gesellschafts - Säle,
Lichtenbergerstr. 16.
Zur bevorstehenden Saison empfehle meine gänzlich neu auf eleganteste renovierten, mit Gasallicht ausgestatteten Säle für 20-300 Personen mit neuer großer Bühne. — Jeden Sonntag: Ball.

Restaurations-Einrichtung, Weißbier-trinken verkauft billig Gelsenstein, Straßunderstr. 88 II. 21166

F. Nagel's Sommer-Theater
Schwedterstr. 23/24.
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Hamburger Sänger
beliebteste Gesellschaft (8 Herren).
Anfang 8 Uhr.
NB. Saal u. Garten (1200 Pers.), kleine u. gr. Vereinszimmer noch zu vergeben.

Cigarren - Cigaretten,
gebiegenes, eigenes Fabrikat, unübertrefflich an Reizität und Güte.
Hermann Wicht,
26965*) Dresdenerstraße 16.

M. Krüger's Speise-Öl
ist das anerkannt beste.
Fabrikant: Berlin, Skalitzerstr. 105.
Für Wiederverkäufer
beste Bezugsquelle!
Arbeitsanfrage W. Fahr, Grunauerstr. 112.

Vorzeilen u. Seiffengeschäft, sehr billige Miethe, gute Lage, Krankheits-halber sofort sehr billig zu verkaufen. Himmelsburg, Goethestr. 17. 28388 Moritz Gläfer.

Möbel, gebraucht, kauft Möbel, Handlung Rosenhaller-Strasse 13.

Roh-Tabak
empfehlen zu billigen Preisen 12894L* Brunnen-Strasse 134.
E. Schwarz, Strasse 134.

Roh-Tabak
(sehr preisw. Sumatra's)
Rud. Völcker & Sohn,
Köpenickerstr. 45.

Die sehr berühmten und bekannten Butterhandlungen
I. Geschäft: Markthalle VIII (Andreasstrasse), Stand 115-12.
II. Geschäft: Krantzstr. 52, n. d. Markth.
III. Geschäft: Strausbergerstrasse 4.
IV. Geschäft: Memelerstr. 52, n. d. Markth.
V. Geschäft: Domänenstr. 9. Vorkaufe von jetzt ab Butter zu Sommerpreisen. 24912* J. Maeding.

Pfandscheine, Gold, Silber, Gefässe werden gekauft Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 35, part. r. 21226

Stargarderstraße 71, Pappel-Allee 106, nur Vorderwohnungen. 2 Fenster, Stube u. Küche v. 18 M. an, zwei 2 Fenster, Stube und Küche von 300 M. an. 20206

Grünauerstr. 25 sind recht freundl. kleine Wohnungen sehr preiswerth zu vermieten. 20426

Arbeitsmarkt.
Kartondarbeiterinnen,
auch Lehrmädchen, finden dauernde Beschäftigung.
70/4
Kirstein & Co., Neue Königstrasse 39.

Energischer selbständiger Werkmeister aus der Holzschuh- und Pantoffel-Branche per sofort gesucht. Näheres Raiser Wilhelmstr. 20, Hof part. 21196

Ein Orgelbauer, der Intonieren und stimmen kann, wird sofort gesucht. Berliner Musik-Instrumenten-Fabrik Allen-Ges., vorm G. F. Pletschmann und Söhne, Fehrbellinerstr. 45.

Tüchtige Kammacher verlangt 211, Bernauerstraße Nr. 98.

Kartondarbeiterinnen 21176 finden gute dauernde Beschäftigung bei W. Wolff, Neue Friedrichstr. 43.

Geliebte Kartondarbeiterinnen werden sofort verlangt. Georg Heise, Rohlstr. 7.

Guten Lohn erhalten Plätterinnen auf Anlegefragen, Oberhemden bei Selig Karpe, Blumenstraße 70. 20706

Leichten Nebenverdienst finden Werkmeister und Erquickler als Vertreter eines Patent-Bureaus. Off. an die Exped. unter P. B. 20336

Kartondarbeiterinnen, geübte, verl. J. Schwandt, Neue Jakobstr. 6. 18936

Neuestes Ensemble der altbeliebten Stettiner Sänger
Täglich (außer Sonnabends):
Im herrlichen Konzert-Garten resp. Saal.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 1 Mark. (Siehe Plakat.)

B. Günzel, Lothringersstraße 53. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Loffalle, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büssen Bildern u. dgl. sowie jede Trechlerwaare u. Repar. (Man verl. Preisstouant.)

Schweizer Garten
Am Königsthor. Täglich: Am Friedrichshain.
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Troupe Latori (6 Personen), preisgekrönte Barriere-Akrobaten.
Dahn und Walde, Original-Karrikaturisten. Charles Wolff, Grotesque-Komiker. Martha Steila, Chansonett-Excentrique.
Münch, Mägo, Wuttke, die urdrolligen Sachsen. Litte William, der lächste Pyramidentänzer. Brothers Zoritas, am fliegenden Tropes. Schulte und Zerner, Gefangs-Tanz-und Charakter-Komiker.
Neu! Ein weiblicher Kasiralon. Neu! Große Poffe mit Gefang und Tanz.
Im großen Saale: Ball. Entree 30 Pf.

Bureau Bammelmeyer
Neuestes Ensemble der altbeliebten Stettiner Sänger
Täglich (außer Sonnabends):
Im herrlichen Konzert-Garten resp. Saal.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 1 Mark. (Siehe Plakat.)

Meusel, Pietro, Britten, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.
Lützow-Strasse No. 11-112.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 1 Mark. (Siehe Plakat.)

Victoria-Brauerei
Im herrlichen Konzert-Garten resp. Saal.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 1 Mark. (Siehe Plakat.)

Victoria-Brauerei
Im herrlichen Konzert-Garten resp. Saal.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 1 Mark. (Siehe Plakat.)

Victoria-Brauerei
Im herrlichen Konzert-Garten resp. Saal.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 1 Mark. (Siehe Plakat.)

Victoria-Brauerei
Im herrlichen Konzert-Garten resp. Saal.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 1 Mark. (Siehe Plakat.)

Victoria-Brauerei
Im herrlichen Konzert-Garten resp. Saal.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 1 Mark. (Siehe Plakat.)

Victoria-Brauerei
Im herrlichen Konzert-Garten resp. Saal.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 1 Mark. (Siehe Plakat.)

Victoria-Brauerei
Im herrlichen Konzert-Garten resp. Saal.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 1 Mark. (Siehe Plakat.)

Achtung! **Achtung!**
Große öffentliche Versammlung
für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis
Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in **Cohn's Festsälen**, Reuthstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Die neueste Reichspräsidenten. Referent: Genosse Dr. Herzfeld.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Vereinsvorstände werden zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen. — Frauen haben Zutritt. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufener.

2. Berliner Wahlkreis.
Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
im Saale der **Bock-Brauerei**, Tempelhofer Berg:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung: 210/11
Die letzte Reichstags-Session.
Berichterstattung des Abgeordneten **Richard Fischer.**
Die Angehörigen aller Parteien sind eingeladen. Freie Diskussion für jedermann. Zahlreiches Erscheinen erwarten **Die Vertrauenspersonen.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei **Möhring**,
Admiralstraße 180:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Genossen Wilhelm Liebknecht.** [240/2] **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des
alten **Schützenhauses**, Linienstr. 5:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **E. Wurm** über:
„Kapital und Arbeit“. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Ver-
chiedenes.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
245/1 **Der Vorstand.**
Die Zahlstellen des Vereins sind: **C., Gutsch,** Gärtenstr. 10;
H., Wittich, Kleine Hamburgerstr. 27; **M.W., Schmidt,** Luisenstr. 5;
N.O., Richter, Neue Königsstr. 90; **Levy,** Marienburgerstr. 32; **Solze,**
Landsbergerstr. 41.

Achtung! Gürtler! Achtung!
Donnerstag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
im Saale des Herrn **Henke**, Raunynstraße Nr. 27:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Schöpplin** über: „Die Folgen der kapitalistischen
Produktion und die bürgerlichen Volksbegehrten.“
2. Diskussion.
3. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben.
4. Verschiedenes.
Kollegen! Zeigt durch den Versammlungsbefuch, daß Ihr entschlossen
seid, Mann für Mann für das kämpfende Proletariat einzutreten.
115/1 **Der Vertrauensmann.** **Nich. Heinrich,** Wienerstr. 61.

Verein d. graphischen Arbeiter u. Arbeiterinnen
Deutschlands.
(Filiale Berlin. Lithographen, Steindrucker u. Berufsangehörigen.)
Donnerstag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei **Boltz**,
Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 96/2
1. Geschäftliches und Kassenbericht. 2. Vortrag über den ferneren
Aufbau unseres Vereins. Referent: **Kollege R. Schöppe.** 3. Diskussion.
4. Fragekasten.
Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen
ersucht
Die Verwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler
und anderer gewerblicher Arbeiter (E. H. 3, Hamburg).
Filiale Berlin D. (Moabit).
Sonntag, den 20. Juli, in den gesamten Räumen der **Kronen-Brauerei**,
Moabit, Nr. 47-49:
Großes Sommerfest und Sommernachtsball.
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Die Kaffeelücke ist von 3 Uhr an geöffnet.
Billets à 25 Pf. sind in den Zahlstellen zu haben.
182/1 **Die Ortsverwaltung.**
Die Kassierung der Beiträge findet an diesem Sonntagabend nicht statt.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 17. Juli 1895, abends 8 1/2 Uhr:
Norden-Bezirksversammlung
in **Meyer's Festsälen**, Müllerstraße 7.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Otto Mäther** über: „Wohlfahrts-Einrich-
tungen und Klassenkampf.“
2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung laden wir sämtliche Kollegen nachgeannter
Firmen ganz besonders ein: **Altiengeellschaft S. Bergmann & Co., Arndt**
und **Fabian**, sämtlich Reuthstr. 21; **Schaeffer & Oehlmann**, Chaussee-
straße 40; **Nothmann**, Neue Hofstr. 20, und **Jüst & Co.,** Chaussee-
straße 53.
110/3
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller in den oben angeführten
Betriebsstätten beschäftigten Kollegen ersucht
Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: A. Dietl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW. Reuthstraße 2.

Durch die Geburt eines kräftigen
Jungen wurden hoch erfreut
Berlin, den 13. Juli 1895.
2123b **Hermann u. Anna Adam.**
Unsern sanften Bruder **Heinrich**
Gratulieren wir herzlich.
Der Gedanke ist nicht ohne [2115b]
Von uns halbes Jahr in Maschinenfabrik.
Heinrich, die Junge ist aber salzig!
Sonntag früh entschlief sanft mein
lieber Mann, unser guter Vater,
Johann Fabig
im 66. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bittend, zeigen
dies tiefbetrauert an. Die Hinterbliebenen.
Beerdigung Mittwoch nachm. 6 Uhr
auf dem Kreuz-Kirchhof in Mariendorf.

Chrenkerklärung. 2121b
Ich nehme die gegen A. Teuber aus-
gesprochene Beleidigung zurück. B. G.

Orts-Krankenkasse
der Gürtler.
Zu der am Freitag, den 19. Juli,
abends 8 Uhr, Oranienstraße Nr. 51,
stattfindenden
Außerordentlichen
Generalversammlung
werden die Herren Delegierten hier-
durch eingeladen.
Einziger Punkt der Tagesordnung:
Umwandlung des § 13 Ziffer 3 des
Statuts.
Der Vorstand.
M. Teske, stellvertr. Vorsitzender.

2. Bälle werden von einem alten
Gesangsverein (M. d. H.-S.-V.) gesucht.
Donnerstag Abend bei **Zuhauer**,
Admiralstr. 38. 65/4

Von der Reise zurück
Dr. A. Freudenberg, Wilhelmstr. 20.
Bengen gesucht!
Diejenigen Personen, welche am
Freitag, den 5. Juli, abends zwischen
8 und 9 Uhr gesehen haben, wie eine
alte Frau in der Andreestraße von
einer Droschke überfahren wurde, werden
gebeten, ihre Adresse an **Paul Werner**,
Friedrichsberg, Kronprinzenstraße 28,
gelangen zu lassen. 2120b

Ein Paket mit seidenen Schlipfen,
welches am Sonntagabend in der Oranien-
straße gefunden wurde, kann bei
Eckstein, Franzosenstraße 8, abgeholt
werden.

Achtung!
Zahner, auch **Thell**, wöchentl.
1 Markt, Gudel, Lausiger Platz 2,
Eiffelstr. 12.

6 Pfund Albrecht's
Brot für
50 Pfennig
Lieferung **Wrangel-Strasse 8**,
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

Kranzbinderei Blumenhandlung.
Robert Meyer,
Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Verkehr zu ver-
meiden, bitte ich meine Freunde und
Genossen, genau auf meine Adresse zu
achten.

Möbel-
Kaufgelegenheit
bietet sich Brautleuten etc. im Möbel-
speicher, 17218
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
Dahelst stehen täglich zum Verkauf:
neue gediegene Möbel zu außerordentlich
billigen Preisen, gebrauchte und
verliehen gewesene Möbel zu wahr-
haften Spottpreisen. Theilzahlung ge-
stattet. Kleiderschränke 15, Küchen-
schänke, Kommoden 12, Sophas 15,
Bettstellen mit Matratzen 18 Mark,
Küchen-Kleiderschränke, Vertikals 30,
Stühle 3, Muschelschänke 40, Tru-
meaux 65, Paneelsophas 75, Plüsch-
garnituren 60 Mark. Herren-Schreib-
tische, Schreibstühle, Buffets, Kon-
sollentische, Spiegel, alles staunend billig.
Gekaufte Möbel können auf meinem
Lagerspeicher bis April kostenfrei
lagern und werden durch eigene Ge-
spanne transportiert und aufgestellt.

Sophastoff-
Reste
in **Rips, Damast, Crêpe**,
Phantasie, Gobelin und
Plüsch spottbillig!
Probieren franks!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.
Läuferstoffe
Emil Lefèvre, Oranienstraße
158.

Rohrtabak.
Größte Auswahl! Billigste Preise
Lager in **Formen, Bocklacons.**
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnensstraße Nr. 185.

Achtung! Töpfer. Achtung!
Mittwoch, den 17. Juli, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn **Hierst**,
Weberstraße 17:
Oeffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission über den Streit.
2. Wahl von Revisoren zu der Streitabrechnung.
3. Verschiedenes. 193/1
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu
erscheinen. Die Kommission.

Zimmerer!
Mittwoch, den 17. Juli, im Lokale des Herrn **Cohn**, Reuthstr. 21/22:
Oeffentliche Versammlung
der **Platz-Deputierten.** 256/3
Es ist unbedingt nötig, daß in dieser Versammlung jede Arbeitsstelle
vertreten ist. **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Chirurgische Branche! Achtung!
Dienstag, 16. Juli, abends 8 Uhr, bei **Buske** (früher **Seefeldt**),
Grenadierstr. 33:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: Der Streit bei der **Firma Dewitt u. Herz.**
Der Vertrauensmann. 991/2

Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den **Viktoria-Gärten**,
Hermannstraße 50:
Großer öffentlicher Vortrag
der **Magnetischen Gesellschaft** (Zweigverein **Nixdorf**)
über **Hypnose** verbunden mit Experimenten.
Referent: **Magnetiseur Herr Ritzmann.** Wir laden jeden, der sich
für Hypnose interessiert oder lernen lernen will, Damen und Herren
freudlichst ein. 2114b
Eintritt vollständig frei. **Der Vorstand.**

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.
(E. H. 29, Hamburg, Filiale Berlin VI.)
Sonntag, den 20. Juli 1895, in **Moabit's Festsälen**, Brunnensstr. 16:
Zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Filiale:
Grosse Theater-Vorstellung
und **Sommernachts-Ball.**
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.
Beim Eintritt der Dunkelheit: **Grosse Kinder-Fackelpolonoise.**
Anfang 6 Uhr. Fackeln gratis. 2114b
Die Kaffeelücke ist von 3 Uhr ab geöffnet. **Das Komitee.**
NB. Die Zahlstellen bleiben am 20. Juli geschlossen, dafür wird
Sonntag, den 21. Juli, vormittags von 11-12 Uhr daselbst kassiert.

Schloß Weissenfer.
Sonntag, den 21. Juli 1895:
Grosses Sänger-Fest
des
Arbeiter-Sängerbundes
Berlins und Umgegend.

225 Gesangsvereine.
3 Musikkapellen der Freien Vereinig. der Zivil-Berufsmusiker.
Massen-Gesänge.
Volks- und Kinder-Belustigungen aller Art.
Großes Brillant-Feuerwerk.
In den Sälen: **TANZ.**
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
Anfang des Konzerts früh 8 Uhr, der **Gesangs-Aufführung** nach-
mittags 3 Uhr. — **Billet 20 Pf.**
Billets sind bei allen Bundesmitgliedern zu haben.

Fahrverbindung: Auf allen Stadt- und Ringbahnzügen: **Ordning:**
Von **Warschauerstraße** und **Reußelstraße** ab à 10 Pf., von allen anderen
Stationen 20 Pf. à Person. — **Pferde-Eisenbahn:** **Wollenmarkt-Alexander-**
platz-Schloß Weissenfer. — **Fremder** etc. vom Königsdörfer.

Achtung! An unsere Vereine! Es ist dringend notwendig, daß
sämtliche Vereine, insbesondere die Ausschussmitglieder zur **Generalprobe**
Donnerstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, bei **Rips** erscheinen, betreffs einer
wichtigen Mittheilung. 16/3
Der Vorstand.

Achtung! Schmargendorf. Achtung!
Restaurant „Sanssouci“, Alfred Malitz.
Wegen des schlechten Wetters findet der bekanntgegebene **Sommer-**
nachts-Ball erst am Sonntag, den 20. Juli, statt. Die ausgegebenen
Billets behalten Gültigkeit. 2888L*
Um regen Besuch bittet **A. Malitz** (früher **Annenstr. 37**).

Bier-Verlag **Max Koch**, Matthienstr. 17
(zw. Brandenburg- u. Alexandrinenstr.).
empfiehlt sich den Genossen zur Lieferung
sämtlicher Biere für Feststätten sowie den Hausbedarf.

R. Buske (fr. **Seefeldt**), Säle und Garten-Restaurant,
Kaiser Wilhelmstr. 18 M u. Grenadierstr. 33.
Täglich Konzert. Säle und Vereinszimmer noch für mehrere gute Tage frei.

H. Bergner **Luisenstadt. Clubhaus**
16 **Annenstr. 16.** Amt VII 3733.
Saal für 250 Personen. Mehrere Vereinszimmer. Französisches
Billard. Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit.